

Demokratie in Deutschland 2011 – Ein Report der Friedrich-Ebert-Stiftung Elmar Wiesendahl „Partizipation und Engagementbereitschaft in Parteien“

1. Einleitung
 2. Bürgerschaftliches Engagement in Parteien und funktionierende Parteiendemokratie
 3. Politische Partizipation und effektive politische Teilhabe in Parteien
 - 3.1 *Der Mitgliederniedergang der Parteien*
 - 3.2 *Überalterung und Verengung des sozialen Profils der Parteien*
 - 3.3 *Auswirkungen der Mitgliederkrise auf die Parteiendemokratie*
 4. Hintergründe des Niedergangs der politischen Partizipation in Parteien
 - 4.1 *Berufspolitikerherrschaft und die innerparteiliche Entwertung des Mitglieds*
 - 4.2 *Entwertung der Parteimitgliedschaft durch die Partizipationsforschung*
 - 4.3 *Gesellschaftlicher Anerkennungsverfall des Engagements in Parteien*
 5. Mehr Mitglieder und mehr Mitgliederpartizipation durch Organisationsreformen der Parteien?
 - 5.1 *Mehr direkte Demokratie oder Revitalisierung des bürgerschaftlichen Engagements in Parteien*
 6. Lösungsvorschläge und Forderungen
- Literatur

1. Einleitung

Mitarbeit in Parteien zählt zu den einflussreichsten Formen des bürgerschaftlichen Engagements. Sie stellt für den einzelnen Aktivbürger nicht nur eine dauerhafte, gemeinschaftliche politische Betätigung dar, sondern sorgt zudem dafür, dass unter repräsentativdemokratischen Verhältnissen die aus den Parteien hervorgehenden Berufspolitiker an programmatische Leitlinien gehalten und den Wünschen der Wählerschaft gegenüber verantwortlich gemacht werden. Hierfür bilden allerdings lebendige, offene und gesellschaftlich breit verwurzelte Mitgliederparteien eine unverzichtbare Voraussetzung.

Mit der chronischen Mitgliederauskehrung der Parteien ist jedoch deren parteiendemokratische Brücken- und Vermittlungsfunktion zwischen Zivilgesellschaft und dem von Politikern dominierten Politikbetrieb brüchig geworden. Es sind deshalb Wege zu erschließen, wie durch direktdemokratische Revitalisierung der innerparteilichen Partizipationskultur Parteien als Partizipationsplattformen für bürgerschaftliches Engagement wieder attraktiv gemacht werden können.

2. Bürgerschaftliches Engagement in Parteien und funktionierende Parteiendemokratie

Bürgerschaftliches Engagement und Demokratie verbinden sich auf verschiedene Art und Weise. Für Anhänger normativer partizipatorischer Demokratietheorie wie Jürgen Habermas (1961: 15) „[arbeitet] Demokratie [...] an der Selbstbestimmung der Menschheit, und erst wenn diese wirklich ist, ist jene wahr. Politische Beteiligung wird dann mit Selbstbestimmung identisch sein.“ Diesem Ideal steht jedoch die Realität repräsentativer Massendemokratie des 20. und 21. Jahrhunderts gegenüber. In ihr teilt sich das Volk in zwei Gruppen: auf der einen Seite in die große bürgerschaftliche Mehrheit, die ihr demokratisches Recht auf unmittelbare Selbstbestimmung an eine kleine Minderheit von gewählten Politikern abtritt, und auf der anderen Seite in die besagte Gruppe von Politikern, die im Rahmen der Stellvertreterdemokratie die Schaltstellen parlamentarischer und gouvernementaler Macht einnimmt und über den politischen Entscheidungsprozess befindet.

Elitenherrschaft mit dem demokratischen Souveränitätsanspruch des Volkes in Einklang zu bringen, stellt die demokratietheoretische Debatte und die demokratische Praxis vor große Herausforderungen (Fuchs 2000: 260). Anhänger liberaldemokratischer Repräsentationstheorie, die bis zu Edmund Burke zurückreicht, gehen dem Problem der Anbindung von Elitenherrschaft an den Souverän, das Volk, aus dem Weg, indem die Bürgerschaft per Anvertraung ihr Selbstbestimmungsrecht an gewählte Repräsentanten abtritt. Der Repräsentant ist aus einem wertelitären Repräsentationsverständnis heraus (Scheuner 1961: 231) eine von jeglicher Weisung freie und unabhängige Persönlichkeit, die, nur ihrem Gewissen unterworfen und in Anwendung der Vernunft, im Parlament den Volkswillen zur Repräsentation bringt. Aus diesem Blickwinkel werden Entscheidungen des Parlaments dem Volk in einer Weise zugerechnet, *„als wäre es das Volk gewesen, das diese Handlungen vorgenommen habe“* (Gusy 1989: 272; Kursivierung im Original). Mehr als die Rolle des vertrauenden Wählers ist für das Volk bei diesem normativen Modell repräsentativer parlamentarischer Elitenherrschaft an politischer Partizipation nicht drin. Es hat seinen „Ausschluß“ aus dem politischen Prozess hinzunehmen, weil hierin, um die Volksvertreter handlungs- und entscheidungsfähig zu machen, *„gerade Sinn und Zweck der Repräsentation“* besteht (ebd.: 269; Kursivierung im Original). Die Ausübung politischer Herrschaft ist allein freien Abgeordneten anvertraut, das Volk wird auf die Zuschauerränge des politischen Geschehens verwiesen.

An diesem Punkt setzt auch die realistische Theorie demokratischer Elitenherrschaft (Wiesendahl 1981: 70 ff.) an, die nicht daran rütteln lässt, dass die demokratische Wirklichkeit von der Herrschaft eigensüchtig handelnder politischer Eliten geprägt sei. Deshalb ist für Joseph Schumpeter (1950: 432) „Demokratie [...] die Herrschaft des Politikers“, was die Bürgerschaft,

bis auf den Akt der Auswahl von Politikern, aus dem politischen Geschehen ausgrenzt. Zwar reduziert sich dabei Demokratie auf nicht mehr als eine Methode zur Auswahl von Entscheidungsträgern. Doch sind die herrschenden Politiker gleichwohl indirekt der Kontrolle durch die Wählerschaft unterworfen, weil sie wiedergewählt werden wollen. Denn herrschende Eliten würden notgedrungen einen Kurs einschlagen, der sich mit den Wünschen und Anliegen der breiten Wählerschaft decke. Das Konkurrenzprinzip, die „freie Konkurrenz um freie Stimmen“, also die Auswahl der Entscheidungsträger „vermittels eines Konkurrenzkampfes um die Stimmen des Volkes“ (ebd.: 428), mache die herrschenden Eliten für die Wünsche des Volkes empfänglich. Insofern könne sich die Bürgerschaft wenigstens etwas von der Outputseite des politischen Prozesses im Sinne von Elitenherrschaft *für* das Volk versprechen.

Wie deutlich wird, setzt die realistische Theorie demokratischer Elitenherrschaft auf die segensreiche Wirkung von Elitenkonkurrenz um Wählerstimmen, verweist aber die Bürgerschaft selbst auf einen passiven Konsumentenstatus. Für bürgerschaftliche politische Partizipation über Wahlen hinaus hat dieser Ansatz nichts übrig.

Anders das Modell der Parteiendemokratie. Es sieht politische Herrschaft repräsentativdemokratisch von gewählten Vertretern ausgeübt, will Politikerherrschaft aber effektiv mit Bürgerpartizipation und dem Wählerwillen in Einklang bringen. Um diese beiden Ziele zu verwirklichen, weist Parteiendemokratie Parteien eine Schlüsselrolle bei der gesellschaftlichen Konfliktregelung und Organisation politischer Macht zu (Katz 1986; Wiesendahl 2003: 16 ff., 2006b: 66 ff.; Pöhlmann 2007: 106 ff.).

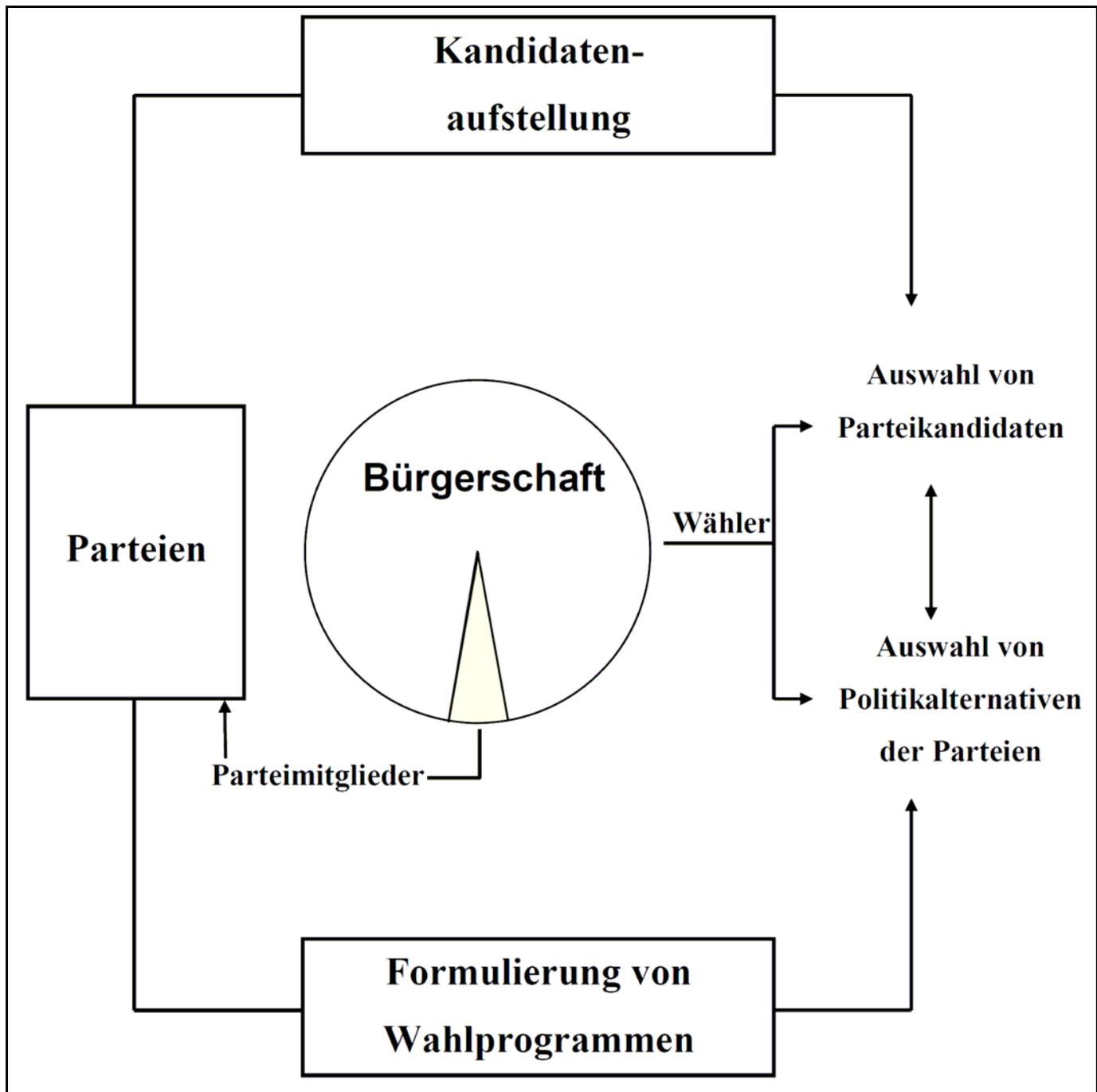
Sie zeigt sich darin, dass eine „Mehrzahl [...] demokratisch organisierter Parteien sowohl im Bereich gesellschaftlicher Interessenvermittlung als auch im Bereich staatlich gouvernementaler Entscheidung und Steuerung eine dominante und zentrale Stellung einnimmt“ (Mintzel 1993: 72). Sie üben mit ihren Vertretern in den Parteienparlamenten und Parteienregierungen eine politische Herrschaftsrolle aus, die sich bis auf die Kontrolle des staatlichen Verwaltungsapparats erstreckt. Eine nicht minder zentrale Rolle nehmen sie bei der Durchführung von Wahlen ein, zumal es die aus ihren Reihen aufgestellten Kandidaten mit ihren Programmvorstellungen sind, die zur Wahl stehen.

Der demokratische Kern der Parteienherrschaft leitet sich von der durch Parteien eingeräumten Möglichkeit für die Bürgerschaft ab, vor und nach Wahlen auf direktem Weg in die Politik einbezogen zu werden und auf sie wirksam Einfluss zu nehmen (Widfeldt 1999: 18 ff.). Parteien liefern dabei über ihre Mitgliederorganisationen eine Plattform des freiwilligen Bürgerengagements. Dort finden sich Aktivbürgerinnen und Aktivbürger zusammen, die in einem diskursiven Prozess innerparteilicher Willensbildung politische Ideen und Programmvorstellungen entwickeln, die in Grundsatz- und Wahlprogrammen ihren Niederschlag

finden. Und aus ihrer Mitte heraus werden Kandidatinnen und Kandidaten aufgestellt, die der Wählerschaft zur Wahl gestellt werden. Diesen in Parteien organisierten Aktivbürgern wird von Gerhard Leibholz ein derart herausgehobenes politisches Gewicht eingeräumt, dass für ihn Parteien „die Selbstorganisation der Aktivbürger im politischen Raum“ bilden (1960: 67). Und er weist den Parteien vor diesem Hintergrund eine Advokatenrolle für die Bürgerschaft zu, da sie „das Sprachrohr“ bilden würden, dessen „sich das organisierte Volk bedient, um sich artikuliert äußern und Entscheidungen fällen zu können“ (1967: 76).

In der Tat stellen lebendige, gesellschaftlich breit verwurzelte Mitglieder- und Programmparteien das Herzstück der Parteiendemokratie dar. In ihnen sind engagierte Zivilbürgerinnen und Zivilbürger organisiert, die mit ihrer Verankerung in der gesellschaftlichen Lebenswelt die Differenz zwischen dem Drinnen und der Umwelt von Parteien draußen aufheben (Wiesendahl 2006a: 126 ff.). Sie halten Augen und Ohren offen, um gesellschaftliche Strömungen und Stimmungen wahrzunehmen und in die Parteien hineinzutragen. Über ihre Basisgliederungen, die „party on the ground“, gelingt es Parteien, sich eng mit der Wählerumwelt und der Gruppengesellschaft zu verbinden (Poguntke 2000: 26 ff.) und Gesellschaftlichkeit, „societyness“, herzustellen.

Abbildung 1: Politische Partizipation in der Parteiendemokratie



Sich in Parteien politisch zu engagieren, macht bezüglich der Reichweite des Einflusses nicht an ihren organisatorischen Grenzen halt. Parteien stellen nämlich in einzigartiger Weise intermediäre Instanzen dar, die Staat und Gesellschaft miteinander verbinden: Einerseits sind sie mit ihrem Wurzelwerk im Zivilgesellschaftlichen präsent, und andererseits gehen aus ihren Reihen die Kandidaten für öffentliche Ämter hervor, die als „party in public office“ die

staatlichen Schaltstellen politischer Entscheidungsgewalt besetzen. Über die Brückenbau- und Bindegliedfunktion der Parteien lässt sich der Staat vom Gesellschaftlichen her durchdringen und beeinflussen (Pöllmann 2007: 100).

Dies gelingt aber nur, wenn die aus den Parteien hervorgehenden Politiker ihre politische Regelungs- und Steuerungskompetenz im Einklang mit den Wünschen der Bürgerschaft und den gesellschaftlichen Mehrheitsinteressen ausüben. In der Parteiendemokratie fällt deshalb Parteien als Assoziationen dauerhaften bürgerschaftlichen Engagements die Aufgabe zu, politische Programme und Alternativen zu formulieren, mit denen die von ihnen aufgestellten Kandidaten vor die Wählerschaft treten. Dadurch lässt sich gewährleisten, dass die Wählerinnen und Wähler eine echte Wahl zwischen alternativen parteigebundenen Politikansätzen und Parteikandidaten treffen, die ihren Wünschen und politischen Vorstellungen am nächsten stehen (Ware 1987: 25).

Noch wichtiger für eine funktionierende Parteiendemokratie verbriefen sich Parteien und ihre Vertreter gegenüber der Öffentlichkeit und Wählerschaft zur Einhaltung und Verfolgung ihrer zur Wahl gestellten Programmziele und Gestaltungsabsichten. Durch diese richtungspolitischen Fesseln, die die in Parteien organisierten Aktivbürger Politikern anlegen, wird sichergestellt, dass repräsentativdemokratische Elitenherrschaft gebunden und verantwortlich gegenüber dem Willen der Wählerschaft ausgeübt wird (Mair 2008: 224 f.). Indem Parteimitglieder und Wähler Berufspolitiker programmatisch in Haft nehmen, bildet funktionierende Parteiendemokratie eine nicht ersetzbare Vorkehrung gegen verselbstständigte und selbstreferentielle Elitenherrschaft.

Wie deutlich wird, setzt Parteiendemokratie repräsentativdemokratische Herrschaft von Eliten nicht außer Kraft, versucht sie aber über die in Parteien organisierten Mitglieder auch über Wahlen hinaus dem Einfluss der politisch aktiven Bürgerschaft auszusetzen. Programmformulierung und Kandidatenaufstellung bilden die Einflussmittel. Dies heißt aber nicht, wie es Gerhard Leibholz als einer der wichtigsten Proponenten der Parteiendemokratie in Deutschland tut, den Bogen zu überspannen, wenn er die „parteienstaatliche Demokratie“ irreführenderweise mit einem „Surrogat der direkten Demokratie“ (1967: 94) gleichsetzt. Auch ist seine Aussage zurückzuweisen, dass das Volk ohne die Parteien „politisch ohnmächtig und hilflos hin und her vegetieren“ würde (1967: 90). Wenn aber Parteien breit im Gesellschaftlichen verwurzelte, lebendige Mitgliederparteien verkörpern, verfügen sie über die Kapazität, um bürgerschaftliche Partizipation und repräsentativdemokratische Elitenherrschaft miteinander zu versöhnen.

3. Politische Partizipation und effektive politische Teilhabe in Parteien

Politische Partizipation in Parteien stellt eine spezielle Ausdrucksform des Bürgerengagements dar (Steinbrecher 2009: 47). Sie wird gemeinhin als konventionelle, institutionell verfasste Form politischer Beteiligung eingestuft. Für Aktivbürgerinnen und Aktivbürger bilden Parteien Plattformen der gemeinschaftlichen politischen Partizipation. Anders als individuelle Teilnahme an Wahlen, Unterschriftenaktionen oder an einer Demonstration gestaltet sich politisches Engagement in Parteien als eine Assoziationsform von politisch Gleichgesinnten, die sich organisiert und dauerhaft für die Regelung politischer Angelegenheiten engagieren. Dies grenzt Mitarbeit in Parteien von anderen Partizipationsformen ab, weil es bei ihnen um politische Tendenzbetriebe geht, die Aktivbürger in erster Linie wegen ihrer ideologischen Ausrichtung und Ausstrahlungskraft anziehen.

Parteien bilden Orte politischer Vergemeinschaftung. Parteiaktivität als Ausdruck von Staatsbürgersinn ist von hohem sozialem Wert, weil sie per se gemeinschaftsbezogen ist und sich wohltuend von verbreiteten Individualisierungstendenzen politischer Partizipation abhebt. Auch aus demokratietheoretischer Sicht leistet sie damit einen zentralen Beitrag zur politischen Integration eines Gemeinwesens.

Wenn politische Partizipation mit der Einflussnahme auf politische Entscheidungen gleichzusetzen ist (Steinbrecher 2009: 28 f.), dann bündelt sich in der Mitwirkung in Parteien ein besonders hohes Einflussnahmepotential, das sich mit seinem Gewicht deutlich von anderen Formen politischer Partizipation abhebt. Auf keine andere Art und Weise kann man in dermaßen starkem Ausmaß auf die Initiierung und den Verlauf des politischen Willensbildungsprozesses unmittelbar und beharrlich Einfluss nehmen. Parteiaktivität setzt beim Inputbereich des politischen Prozesses an und ermöglicht den Beteiligten in exklusiver Form, politische Entscheidungsbildung anzustoßen und ihr eine gewünschte Richtung zu geben (Wiesendahl 2006c: 75 f.) Und Parteiaktivität erschließt die Möglichkeit, an der politischen Elitenauslese unmittelbar mitzuwirken oder gar selbst ein politisches Amt anzustreben bzw. eine politische Karriere einzuschlagen.

Wichtig dabei ist, dass es um parteiengesetzliche Exklusivrechte geht, die Nichtmitgliedern vorenthalten werden. Denn das ausgeprägte politische Einflussnahme- und Gestaltungspotential der Parteimitgliedschaft ist der privilegierten Stellung der Parteien im Verfassungs- und Rechtsgefüge der Bundesrepublik Deutschland geschuldet. Da Parteien exklusive Orte der politischen Elitenauslese und der Vorformung des politischen Willens bilden, sind Parteiaktive in Prozesse involviert, die über die Zusammensetzung der politischen Entscheidungsträger und über den einzuschlagenden politischen Kurs bei Wahlen auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene befinden.

Daran mitzuwirken ist auch der wesentliche Grund, warum Interessierte zu einem Parteibeitritt bewegt werden. Sie identifizieren sich mit den Prinzipien und Zielen der von ihnen präferierten Partei (Biehl 2005: 221) und wollen im Schulterschluss mit Gleichgesinnten zur Durchsetzung und Verwirklichung der Parteiziele beitragen (Wiesendahl 2006a: 141 ff.). Partizipation in Parteien besitzt insofern eine stark gemeinschaftsorientierte, identifikatorische, ideologische Ausrichtung. Die starke überzeugungsgebundene Motivationsbasis erklärt, warum Parteiaktivität besonders enttäuschungsanfällig ist, wenn Ziele und Handeln einer Partei nicht mehr übereinstimmen.

Trotz der hohen politischen Einflusspotentiale der Parteimitgliedschaft ist es nur eine kleine Minderheit der Bevölkerung, die von dieser Form politischer Partizipation Gebrauch macht. Dies deckt sich generell mit den Befunden des Freiwilligensurveys von 1999 und 2004, die bestätigen, dass politisches Engagement in politischen Organisationen und Einrichtungen, sei es schlicht teilnehmend oder aber engagiert, nur von einer kleinen Minderheit von weniger als 5 % Aktiven aus der Bürgerschaft ausgeübt wird (Gensicke/Geiss 2006: 319).

Dem Beitritt zu Parteien stehen noch dazu besondere Hürden und Kosten entgegen, was die britischen Parteienforscher Whiteley und Seyd (2002: 1) dazu veranlasst, von „high-intensity political participation“ zu sprechen. Dies bezieht sich nicht nur auf Mitgliedsbeiträge, politische Skills und Zeitaufwand, sondern auch auf den Verzicht von vielleicht attraktiveren Freizeitgestaltungsmöglichkeiten, die einem durch Parteiaktivität verwehrt sind.

Nur ist, faktisch betrachtet, die Inanspruchnahme durch eine Parteimitgliedschaft nicht zwangsläufig hoch, weil Parteimitglieder völlig frei darüber entscheiden, wie sie von den Partizipationsmöglichkeiten und den damit verknüpften Aufwendungen in Parteien Gebrauch machen. In der Folge ist unter Parteimitgliedern ein krasses Partizipationsgefälle festzustellen, so dass sie sich nach drei Gruppen aufschlüsseln lassen: Bei rund der Hälfte der Organisierten herrscht Apathie, weil sie es damit bewenden lässt, die Partei mit Mitgliedsbeiträgen zu unterstützen. Die andere Hälfte teilt sich in Dauer- und Gelegenheitsaktive auf, wobei ein Kern aus 10 bis 20 % Daueraktiver im freiwilligen und unentgeltlichen Einsatz das Binnenleben der Parteien aufrechterhält. Aus diesem Kreis rekrutieren sich auch die Funktionsträger und die Kandidaten für öffentliche Ämter.

Das markante Partizipationsgefälle unter Parteimitgliedern zeigt an, dass sich Bürgerengagement in Parteien zu einem erheblichen Teil in einem Förder- und finanziellen Unterstützungsbeitrag erschöpft, ohne dem Anspruch auf aktiv teilnehmende politische Partizipation gerecht zu werden. Was also den tatsächlichen Einsatz für die Partei angeht, ist Parteimitgliedschaft für viele auf „low-intensity political participation“ begrenzt, wie sie vom Aufwand her Aktivbürgern

auch bei der punktuellen und flüchtigen Teilnahme an einer Unterschriftenaktion oder einer Demonstration abverlangt wird.

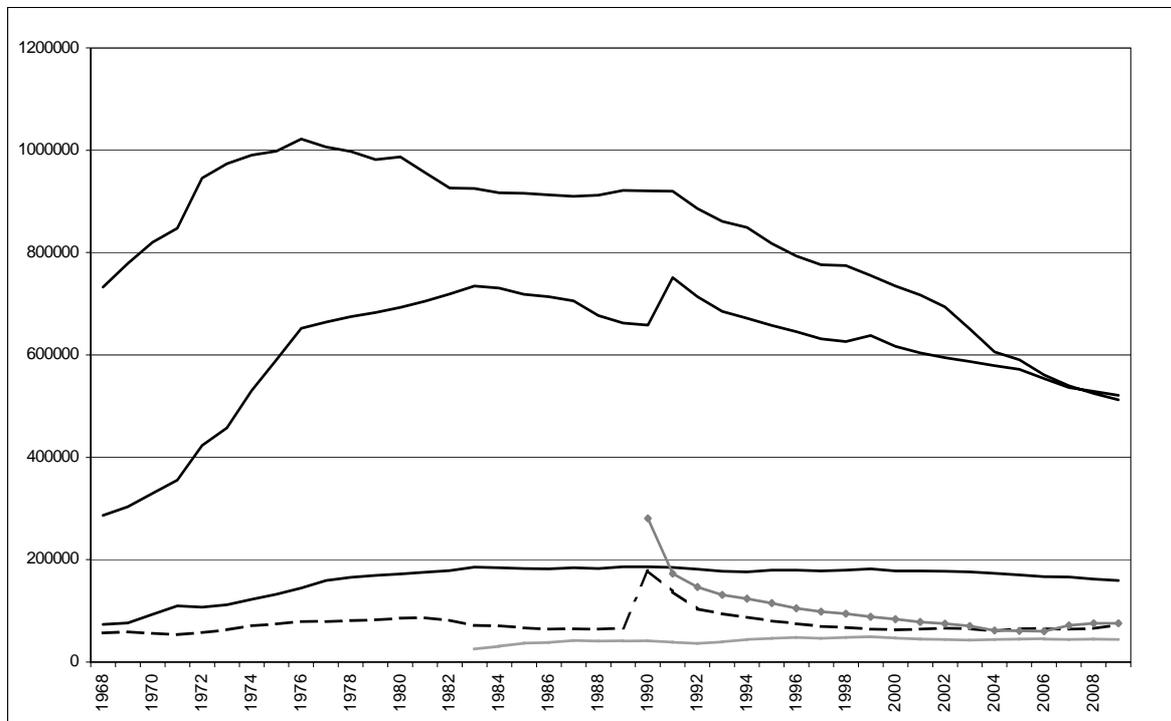
3.1 Der Mitgliederniedergang der Parteien

Für funktionierende Parteiendemokratie sind breit in der Gesellschaft verwurzelte Mitgliederparteien, die in ihrer Zusammensetzung einen sozialen Querschnitt der Gesellschaft abbilden, grundlegend. Um diese Voraussetzungen überprüfen zu können, kann auf weitgehend gesicherte organisationsbezogene statistische Mitgliederzahlen der Parteien zurückgegriffen werden. Mit deren Hilfe lässt sich die Mitgliederentwicklung der Parteien über größere Beobachtungszeiträume hinweg exakt rekonstruieren und sogar durch Extrapolation der Daten Aussagen über die weitere Zukunft des Bürgerengagements in Parteien machen (Wiesendahl 2006a: 36 f.). Vergleichserhebungen der Mitgliederzahlen europäischer Parteien erlauben Aussagen über allgemeine Trends des parteipolitischen Engagements und darüber, ob die Mitgliederentwicklung in Deutschland ein Sonderphänomen darstellt.

Die Zahlen, die für 60 Jahre Nachkriegsentwicklung vorliegen, sprechen eher für eine Sonderentwicklung. Der sichtbar werdende Verlauf folgt keinem stetigen, linearen Pfad, sondern dem charakteristischen Auf und Ab von zwei Konjunkturzyklen (Wiesendahl 2006a: 27 ff.; Niedermayer 2009: 101 f.). Das erste Mitgliederhoch setzte in den ersten Nachkriegsjahren ein, dem aber schon bald nach 1948, dem Jahr der Währungsreform, eine Mitgliederbaisse folgte. Die Stagnation der Mitgliederzahlen hielt während der 1950er und frühen 1960er Jahre an, bis zu deren Mitte eine dann rasch anschwellende Mitgliederschwemme die Parteien überflutete. Dieser Boom war von einzigartiger Dimension und Dynamik.

Er erfasste zunächst die SPD, die in dem kurzen Zeitraum zwischen 1968 und 1973 eine Schwemme von fast 480.000 neuen Mitgliedern erlebte. In diesem Sog konnte sie ihre Mitgliederzahlen zwischen 1968 und 1976 von 732.446 auf den absoluten Gipfelwert von 1.022.191 Organisierten steigern. Von einem weitaus niedrigeren Ausgangspunkt aus nahm der Mitgliederzulauf für die CDU einen nicht ganz so stürmischen Verlauf, um dann aber wesentlich länger anzuhalten. Die CDU wuchs zwischen 1968 und 1975 sogar um 120 %, zumal sie über 500.000 Neueintritte zu verzeichnen hatte. Ausgehend von 286.541 im Jahre 1968 erreichte die Zahl der Mitglieder 1983 mit 734.555 Organisierten einen Gipfelpunkt, dem begrenzte Verlustjahre folgen sollten. Auch die CSU steigerte ihre Mitgliederbestand zwischen 1968 und 1983 von 73.618 auf 185.523, wobei sie danach über längere Zeit dieses Niveau stabilisieren konnte. Die FDP-Zahlen folgen den koalitionspolitischen Wenden der Partei. Sie machte nach einer Delle Anfang der 1970er Verluste wett und konnte ihre Bestände zwischen 1968 und 1981 von 57.034 auf 86.600 Mitglieder steigern.

Abbildung 2: Die Mitgliederentwicklung der Bundestagsparteien 1968 bis 2009



In der Bilanz von 15 Boomjahren zwischen 1968 und 1983 vermehren die Parteien ihre Mitgliederzahlen von 1,1 Millionen um fast 800.000 (+69 %) auf den Spitzenwert von fast 1,95 Millionen Organisierten. Danach folgen bis zum Ende der alten Bundesrepublik Jahre der Stagnation, in denen leichte Verluste von 65.000 Mitgliedern (-3,7 %) zu verkräften sind.

Der anschließende Übergang von der Mitgliederflaute in die -rezession wird kurzzeitig durch eine einheitsbedingte Scheinblüte überlagert, weil einverleibte Mitgliederrestbestände der SED und DDR-Blockparteien die Gesamtzahlen nach oben treiben. Unter Einschluss der PDS erreichen so die Parteimitgliederzahlen 1990 mit 2,4 Millionen einen einzigartigen Gipfelpunkt, von dem aus gesamtdeutsch der Niedergang des bürgerschaftlichen Engagements in den Parteien einsetzen sollte.

So reduziert sich zwischen 1990 und Ende 2009 die Zahl der Parteimitglieder von 2.409.624 auf 1.391.056 Organisierte, ein Verlust von 1.017.974 (-42,24 %). Besonders hart traf es die Linke mit 72,1 % Schwund. Es folgt die FDP mit 57,1 % Verlust, der in erster Linie auf die Auflösung von ostdeutschen Scheingewinnen zurückzuführen ist. Die traditionellen Mitgliedergrößparteien CDU, CSU und SPD allein haben zwischen 1990 und Ende 2009 eine Substanzauszehrung von insgesamt 726.342 Mitgliedern hinzunehmen. Mit diesen Zahlen ist ein Desaster der SPD als traditioneller Mitgliederpartei verbunden, die rund 431.000 Verluste und damit 46 % ihres

Bestandes von 1990 abschreiben muss. Schlimmer noch fällt sie 2008 mit ihrem Mitgliederbestand hinter den der CDU zurück und muss sich als traditionelle Spitzenreiterin bei der Mitgliederstärke geschlagen geben.

Die CDU hat Verluste von 34 % zu verschmerzen. Die CSU verliert 14,5 % Mitglieder. Allein die Grünen schreiben als einzige Partei mit 16,6 % Zugewinn eine positive Bilanz, wobei sie zusammen mit der FDP seit 2008 positive Eintrittszahlen vermelden. 2009 hat sich der Erfolgskurs der FDP allerdings schon wieder gewendet. Zuwachs hat dagegen die Linke von 2007 an zu vermelden, worin sich der Zusammenschluss von PDS und WASG zur Partei „Die Linke“ widerspiegelt. In Ostdeutschland reicht die Substanzauszehrung des parteipolitischen Engagements nach 1990 besonders tief, weil Linke, FDP und CDU besonders viele Mitglieder auf der Verlustseite zu verbuchen haben (Wiesendahl 2006a: 39 ff.; Niedermayer 2009: 104 f.).

Wie weit nach der Boomphase der Niedergang des Bürgerengagements in Parteien wirklich reicht, lässt sich besonders krass an der Auf- und Abwärtsentwicklung des Organisationsgrads der Parteien ablesen. So schnellte die Zahl der in Parteien organisierten Bundesbürger zwischen 1970 und 1976 von 3,1 auf 4,4 % hoch, um in den 1990ern auf diesem Niveau zu verharren (Wiesendahl 2006a: 44 f.). Niedermayer (2009: 106) errechnet dann 1990 zum Zeitpunkt der Vereinigung einen Organisationsgrad von 3,7 %, der bis 2007 auf 2 % abfällt. Verfügen damit in Westdeutschland nur noch 20 von 1.000 Bürgern über ein Parteibuch, endet die Entwicklung in Ostdeutschland in einem Desaster. Zwischen 1990 und 2007 reduziert sich dort die Anzahl von Parteimitgliedern unter je 1.000 Beitrittsberechtigten von 42 auf elf.

3.2 Überalterung und Verengung des sozialen Profils der Parteien

Nach 20 Jahren rückläufiger Mitgliederentwicklung sind die Parteien zahlenmäßig auf einen Ausgangspunkt zurückgefallen, den sie bereits in Westdeutschland um 1972 erreicht hatten. Der Berg an Mitgliedern, der ihnen in der Boomzeit zuwuchs, wurde durch stetige Verluste wieder abgetragen, was sich auch in ihrer stark geschwächten Rekrutierungskapazität ausdrückt. Zwar ist Parteimitgliedschaft generell ein Minderheitsphänomen. Dass aber nur noch 2 % der Bundesbürger in Parteien organisiert sind, ist Ausdruck einer tiefgreifenden Krise.

Wenn auch nach 2000 stärker Austritte zur Absenkung der Mitgliederbestände beitragen, ist der Hauptgrund der Mitgliedermisere auf ausbleibenden Mitgliedernachwuchs zurückzuführen. Durch die Eintrittsschwemme in den 1970ern wurden die alten Bestände der Parteien zunächst noch stark verjüngt. Doch blieben dann mit der einsetzenden Eintrittsebbe junge Mitglieder aus, so dass deren Anteil unter den Gesamtmitgliedern zum Ende der 1970er kontinuierlich zu schrumpfen begann (Wiesendahl 2003: 30 f.). Auf die SPD wirkte sich dies besonders nachteilig aus, weil deren Anteil an jungen Mitgliedern bis 30 sich zwischen 1976 und 2001 von 19,9 auf

4,3 % verflüchtigte. CDU und CSU erwischte es nicht ganz so hart, zumal es in ihrer Boomzeit nicht ganz so junge Leute wie bei der SPD waren, die in sie hineindrängten.

Nach der Millenniumswende gleichen sich auf niedrigem Niveau die Jungmitglieder-Anteilswerte von SPD und CDU/CSU an und stagnieren bei der 5%-Marge. Im Gegensatz dazu stiegen seit den 1980ern infolge des ausbleibenden Nachwuchses die Anteilswerte der älteren Jahrgänge in den Parteien stark an, so dass sich mittlerweile im Alterskegel zwischen Jung- und Altmitgliedern ab 60 eine eklatante Schere auftut (Wiesendahl 2003: 31 f.; Niedermayer 2010: 125 ff.). Noch krasser wird die Scherenbildung in der Gewichtsverteilung von bis 30-Jährigen und über 70-Jährigen unter den Mitgliedern deutlich. Bei der Linken stehen 33,4 % Hochbetagten 5,5 % Jungmitglieder gegenüber. Die CDU kommt auf eine Relation von 24,4 zu 6,2 %, die CSU auf 23,6 zu 5,1 % und die SPD auf 23,1 zu 7,4 % (Niedermayer 2010: 433). FDP und speziell Grüne verfügen über einen wesentlich ausgewogeneren Alterskegel, was auch am niedrigeren Durchschnittsalter ihrer Mitglieder deutlich wird. Dagegen zählen 2007 nur noch fünf von 100 CDU-Mitgliedern, bei der SPD sind es sechs, zu den unter 30-Jährigen. Der Anteil der 60-Jährigen und Älteren umfasst bei der CDU mit 48,2 % (SPD: 46,7 %) fast die Hälfte der Mitglieder. Die Altersstruktur der CSU ist etwas günstiger mit 42,7 % Alten. Mit dem Mitgliederdurchschnittsalter von 58 Jahren nähern sich SPD, CDU und CSU dem Charakter von Vorruhestands- und Rentnerparteien an, wozu „Die Linke“ mit ihrer Überalterung längst wurde. Mit Ausnahme von FDP und Grünen zeigen die Großparteien mittlerweile die Ausfallerscheinungen von sklerotisierenden Organisationen. Die Folgen der Überalterung tun sich in einer Regenerationskrise kund, weil sich die Abgänge durch Tod Schritt für Schritt nicht mehr durch genügend junge Neumitglieder kompensieren lassen. Wie nicht weiter verwunderlich ist, korrespondiert der Mitgliederschwund mit insgesamt stark rückläufigen parteibezogenen Aktivitäten wie Teilnahme an Versammlungen oder an Wahlkämpfen (Gabriel/Völkl 2005: 544). Bei der innerparteilichen Beteiligungskultur setzen ebenfalls Verödungseffekte ein, zumal gerade auf die Partizipationsbereitschaft jugendlicher Neumitglieder die hermetischen Seniorenzirkel und Altentreffs abschreckend wirken (Wiesendahl 2003: 32 ff.).

Neben dem eklatanten Jungmitgliederdefizit muss auch noch das Frauendefizit erwähnt werden (Wiesendahl 2006c: 90 f.; Niedermayer 2009: 124 f.), zumal sich die Frauenanteile von den 1990ern an unter dem 30%-Niveau festgefroren haben. Dabei differieren die Parteien stark. Während der einstmalige hohe Frauenanteil der Linken Ende 2009 stark nach unten gerichtet ist (37,0 %) und das Niveau der Grünen (37,4 %) erreicht, verändern sich SPD (31,2 %), CDU (21,5 %), FDP (22,6 %) und CSU (18,9 %) in den letzten Jahren kaum noch nach oben (Niedermayer: 2010: 429).

Schon vor dem Mitgliederschwund setzte überdies eine weiterhin anhaltende Repräsentationsverzerrung im Sozialprofil der Parteimitglieder ein mit der Folge, dass sowohl in der SPD als auch in der CDU die Angehörigen höherer Mittelschichten und des gehobenen Bildungsbürgertums das Organisationsleben dominieren (Biehl 2009). Sie sind es auch, die die innerparteilichen Karrieren und die Besetzung öffentlicher Ämter unter sich ausmachen.

Den einschneidendsten sozialen Exklusionsfaktor bildet mittlerweile das Bildungsniveau, zumal niedrigere Bildungsschichten draußen und drinnen Abiturienten und Akademiker unter sich bleiben (Biehl 2005: 124). In der Berufsstruktur haben sich die Parteimitglieder, beginnend bereits mit den 1960ern, stark auf Angestellte und Angehörige des öffentlichen Dienstes verengt, während „die traditionell ressourcenschwache Gruppe der Arbeiter“ (Niedermayer 2009: 118) in der SPD und Selbstständige in der CDU an den Rand gedrängt wurden (Wiesendahl 2006c: 87 ff.; Biehl 2005: 124).

Weit davon entfernt, in ihrem Innern einen Querschnitt der Bevölkerung zu repräsentieren, wird sich der Trend der Parteien, in ihren Reihen die gesellschaftlich Bessergestellten zu organisieren, zukünftig weiter verstärken. Bei aller Profilverengung ist aber darauf hinzuweisen, dass speziell Großparteien immer noch gesellschaftliche Gruppenvielfalt organisieren und eine wichtige soziale Integrationsinstanz auch für Angehörige der unteren Mittelschicht und der Arbeiterschicht bilden.

3.3 Auswirkungen der Mitgliederkrise auf die Parteiendemokratie

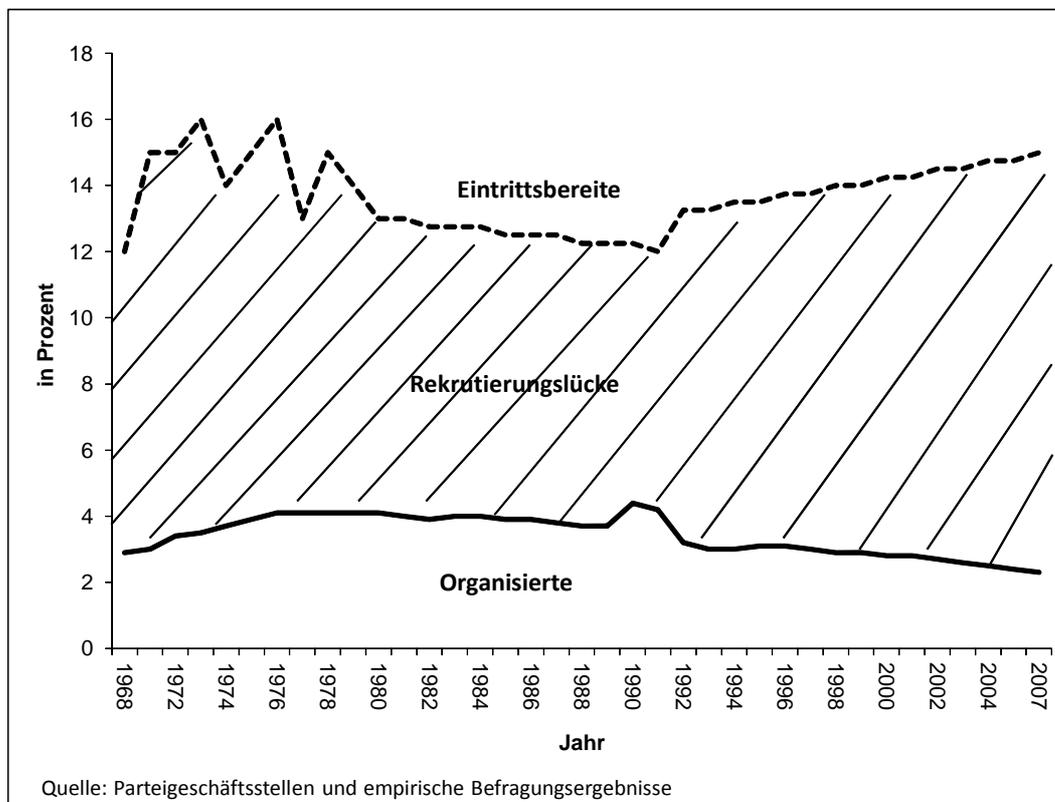
Der Niedergang des bürgerschaftlichen Engagements in Parteien steht außer Frage. Doch noch sind die Parteien mit rund 1,4 Millionen Organisierten eine gesellschaftlich relevante Kraft, so dass Susan Scarrow (2007: 651) zu Recht davor warnt, die Mitgliederkrise mit der „obsolescence of this form of political participation“ gleichzusetzen. Nur weist der Mitgliederschwund der Parteien gleichwohl als Krisensymptom auf schwindende Unterstützung parteiendemokratischer Herrschaft hin, wenn man die Rekrutierungsschwäche in einem größeren Zusammenhang mit sinkender Parteiidentifikation und Wahlbeteiligung betrachtet (Mair 2008: 220 f.). Dann kann auch in der Mitgliedermalaise ein Warnsignal für die gesellschaftliche Entwurzelung der Parteien und ihren Stellenwertverlust als kollektive Repräsentationsinstanzen des Volkswillens gesehen werden (Rogers 2005: 604 ff.). Frank Decker (2007: 20) geht sogar von einer Beziehungskrise zwischen Bürgern und Parteien aus, die auf eine „Vertrauens-, Repräsentations- und Legitimationskrise des Parteienstaats“ hindeute.

Jedenfalls ist in Frage gestellt, ob die Parteiendemokratie noch über die erforderliche Bodenhaftung verfügt und noch über die ganze Fläche mit den Mitgliederorganisationen im Gesellschaftlichen wurzelt (Mielke 2007). Denn mit der Halbierung des Organisationsgrads sind

zahlreiche zwischenmenschliche Verbindungslinien hin zur gesellschaftlichen Lebenswelt gekappt, die die Grundlage der Vernetzung zwischen Zivilgesellschaft und Parteien bilden. Entwurzelung und Verschwinden aus der Gesellschaft spielen sich aber nicht nur in quantitativen Größenordnungen ab, sondern auch in der schwindenden Fähigkeit der Parteien, Gesellschaft in ihrer ganzen Breite und Vielfalt unverzerrt abzubilden. Damit büßen sie an Legitimationsanspruch ein, als Sprachrohre des Volkes aufzutreten. Jungmitgliederdefizit und Überalterung bergen die Gefahr, dass die Parteien den Anschluss an den Fortgang der gesellschaftlichen Entwicklung verlieren könnten. Schon Ende der 1990er (1997: 3) hat Peter Glotz warnend bemerkt, dass sich „die Binnenkommunikation der Parteien vom Zeitgespräch der gesamten Gesellschaft“ abschirme. Ihnen geht in der Tat in dem Maße die Sensorik für aktuelle Zeitströmungen ab, wie sie ohne personelle Auffrischung immer mehr zu introvertierten und hermetischen Kommunikationszirkeln verkümmern. Mielke (2007: 66) befürchtet deshalb, dass aus dem Überalterungsproblem der Parteien ein struktureller Verlust an Lernfähigkeit und Lernbereitschaft resultieren könnte.

Ein weiteres brisantes Warnsignal gesellschaftlich austrocknender Parteiendemokratie ist, dass Parteien als Partizipationskanäle des politischen Engagements und die Aktivbürgerschaft nicht mehr zusammenfinden wollen. Von der überbordenden partizipatorischen Anziehungskraft der Parteien zu ihrer Boomzeit in den 1970ern ist so gut wie nichts übrig geblieben. Dies ist deshalb so bemerkenswert, weil keineswegs alle Brücken zur Bürgerschaft eingerissen wurden. Im Gegenteil schließt, wie Abbildung 3 veranschaulicht, ein unverdrossen hoher Anteil von rund 15 % der Bundesbürger für sich nicht aus, einer Partei beizutreten (Wiesendahl 1997: 254 f.; Neugebauer 2007: 98; Köcher 2009: 207). Auch Jugendliche sind hierin eingeschlossen (Shell 2010: 147).

Abbildung 3: Rekrutierungslücke der Parteien



Da dieses bemerkenswert umfangreiche und stabile Reservoir an Beitrittsgeneigten aus der Bürgerschaft aber für ein Engagement in Parteien nicht zu gewinnen ist, vertieft sich angesichts des Mitgliederschwunds der Parteien die Rekrutierungslücke zwischen Beitrittsgeneigten und Organisierten. Sie indiziert die enormen Mitgliedermobilisierungsprobleme, mit denen sich die Parteien herumschlagen, und dass es ihnen nicht gelingt, das ansehnliche Potential an Beitrittswilligen organisatorisch auszuschöpfen. Beitrittswillige und Parteien trennt aber nur die Organisationsschwelle. Für das Verhältnis von Parteien und Gesellschaft ergibt sich daraus immer noch ein Lichtblick.

4. Hintergründe des Niedergangs der politischen Partizipation in Parteien

Die chronische Mitgliederkrise der Parteien hat eine breite Suche nach Hintergründen ausgelöst, wobei solche Faktoren wie Anreizschwäche der Parteien, Individualisierung und Milieuerosion, Wertewandel und kognitive Mobilisierung, Entpolitisierung und Medien-/ Freizeitgesellschaft sowie Vertrauenskrise zwischen Parteien und Bürgerschaft in der Parteienliteratur das größte Echo finden (Wiesendahl 2006a: 62 ff.). Diese Faktoren stellen allesamt Einzelteile eines

Erklärungspuzzles dar, in dem hochkomplexe gesellschaftliche, politische und parteibezogene Erklärungsfaktoren ineinandergreifen.

Was die breit angelegte Ursachendiskussion jedoch aus dem Auge verliert, ist die Erklärung des charakteristischen Wechselspiels von Mitgliederflut und Mitgliederebbe der Parteien, die miteinander zusammenhängen müssen. Daraus ergibt sich, nach gesellschaftlichen Sonderphänomenen zu suchen, die sowohl für das Auf als auch für das Ab in der Mitgliederentwicklung eine Erklärung liefern. Unerlässlich ist auch der Blick auf die Entwicklung der politischen Kultur, die darüber befindet, welche Partizipationsformen erwartet und als erwünscht akzeptiert werden (Steinbrecher 2009: 19).

Demzufolge wird hier die Suche nach den Ursachen auf die meso- und makroanalytische Ebene fokussiert und davon abgewichen, den Eintritt in eine Partei standardmäßig retrospektiv aus der individuellen Prädisposition und der Ressourcenausstattung von Parteimitgliedern zu erklären (Niedermayer 2009: 94 ff.). Es kommt, so die hier vertretene These, für den Beitritt in Parteien auf förderliche Anreiz- und Gelegenheitsstrukturen an, die in erster Linie gesellschaftlich und politisch-kulturell bestimmt sind.

4.1 Berufspolitikerherrschaft und die innerparteiliche Entwertung des Mitglieds

Den Funktionsvoraussetzungen der Parteiendemokratie nach können Parteien nur dann ihre Rolle als Brücken- und Bindeglieder zwischen Staat und Gesellschaft spielen, wenn das, was über die Mitglieder in sie hineindringt, auch „bottom-up“ seinen Weg über die „party in public office“ in den politischen Entscheidungsbereich findet. Dieses Wunschbild ist längst der Realität verselbstständiger Berufspolitikerherrschaft gewichen.

Nach Klaus von Beyme (1997: 325 ff.) haben sich die Parteien zu Berufspolitikerparteien transformiert. Sie lösten sich aus ihrer gesellschaftlichen Verankerung und haben sich zu ihrem eigenen Vorteil im Staatsbereich eingerichtet. Genauer betrachtet haben sich die aus den Parteien hervorgehenden Berufspolitiker seit den 1980ern dem Einflussbereich der unteren Parteigliederungen der Partei, der „party on the ground“, entzogen, um als „party in public office“, ausgestattet mit ihrer Kontrolle unterliegenden Ressourcen und Finanzquellen, im Staatsbereich ein Eigenleben zu entfalten (von Beyme 2000: 84, 2001: 355 ff.). Mit den sprudelnden Staatsgeldern rüsteten sie zugleich die ihnen unterstehenden Parteiapparate zu professionellen Serviceeinrichtungen für Öffentlichkeitsarbeit und Wahlkampagnen auf (Jun 2002: 277 ff.), während die Mitgliederorganisationen, die Partei an der Basis, links liegen gelassen wurden.

Im öffentlichen Raum setzte sich nach dem Kanzlerwechsel von Willy Brandt zu Helmut Schmidt ein kanzlerdemokratischer Politikstil durch, dem ein Einlassen auf politische

Einmischungsversuche aus den Niederungen der Parteien oder gar von Ausdrucksformen des bürgerschaftlichen Protestes vollends fremd war. Dieser demoautoritäre Kanzlerstil ist von Helmut Kohl über Gerhard Schröder bis hin zu Angela Merkel beibehalten worden.

Die Verselbstständigung der Berufspolitiker gegenüber ihren Parteien und der Wählerschaft stärkt die Tendenz, dass sich die reale Politik der Kontrolle der Öffentlichkeit und der Bürgerschaft entzieht, während sie den Interessen mächtiger organisierter Interessen und der Wirtschaft nachgibt. Wie Crouch (2008: 10) betont, geht die Entwicklung hin zur „Postdemokratie“, in der zwar die Berufspolitikerklasse sich Wahlen stellt, aber bei der „konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, dass sie zu einem reinen Spektakel verkommt, bei dem man nur über eine Reihe von Problemen diskutiert, die Experten zuvor ausgewählt haben. Die Mehrheit der Bürger spielt dabei eine passive, schweigende, ja sogar apathische Rolle, sie reagiert nur auf Signale, die man ihnen gibt.“

Fesseln legen die Parteien bei dieser Entwicklung den aus ihnen hervorgehenden Politikern schon lange nicht mehr an, wie es ihnen auch verwehrt ist, gegenüber der „party in public office“ als Steuerungs- und Kontrollinstanz zu wirken. Zwar hatten Parteimitglieder nie das definitive Sagen über den Kurs ihrer Partei (Wiesendahl 2009: 252). Aber sie verband mit den Parteispitzen und den öffentlichen Amtsträgern ein grundlegendes Einvernehmen, dass sie für die gleichen Ziele und eine gemeinsame Sache eintreten würden. Dieses Grundverständnis innerparteilicher korporativer Identität, Loyalität und ideeller Verbundenheit ist beschädigt, wenn nicht sogar abhandengekommen.

In Berufspolitikerparteien sind die auf politischen Richtungseinfluss drängenden Parteimitglieder sogar ein Störmoment, zumal sich Parteiaktive mit der Rolle des Wahlkampf Helfers und des Botschafters der Partei in ihrer gesellschaftlichen Lebenswelt bescheiden sollen. Schon Otto Kirchheimer (1965: 32) sah mit dem Aufstieg der „catch-all party“, der Volkspartei, die Dominanz der Parteispitzen und die Entwertung des Parteimitglieds gegeben. Jetzt, mit der weiteren Transformation der „parties in public office“ hin zu verselbstständigten, öffentlich finanzierten, semistaatlichen Serviceeinrichtungen für Berufspolitiker, ist dieser Prozess so weit gediehen, dass Parteimitglieder zu „cheerleaders“ (Katz/Mair 1995: 20) herabgestuft wurden.

Als Tiefpunkt der Entwicklung sehen Parteimitglieder offenbar ihrem Einflussverfall nicht nur tatenlos zu, sondern sie nehmen gerade auf Parteitag ohne Murren die Kulissenrolle von Claqueuren an, die den um die Parteispitzen veranstalteten Personenkult mit minutenlangen Beifallsstürmen begleiten. Die Medien spielen bei diesem Inszenierungsspektakel in verhängnisvoller Weise mit (Müller 2002), weil sie die Parteitagsberichterstattung auf die Soloauftritte des Spitzenpersonals verkürzen. Personalwahlen mit Zustimmungsquoten unter

90 % werden als Alarmsignale für fehlenden Rückhalt in der Partei gedeutet. Medien sind so sehr als Hofschranzen mit in das System der selbstreferentiellen, abgehobenen Politikerherrschaft integriert, dass sie gerade diejenigen Spitzenpolitiker goutieren, die sich über ihre Parteien erheben und sich herrisch auf Parteitag gegen Widerstand der Delegierten durchsetzen.

In der Ära der Berufspolitikerparteien verkörpern Parteien unter einem gemeinsamen organisatorischen Dach Berufspolitiker- und Mitgliederparteien, also Assoziationen des bürgerschaftlichen Engagements, in einem. Nur ist der Einflussbereich der Mitglieder auf die Basisorganisationen, auf die „party on the ground“, zurückgedrängt worden. Dort können sie immer noch, wie in alten Zeiten, rasonieren und weltbewegende politische Gestaltungsideen hervorbringen. Nur gelangt man über die Ortsvereinsgrenzen hinaus in das Hoheitsgebiet der Berufspolitikerparteien hinein, haben sich freiwillige Parteiaktive und Ehrenamtliche mit Pseudopartizipation und Akklamationsgehabe abzufinden – alles Umstände, die auf selbstbewusste, politischen Einfluss suchende Aktivbürger bei den Gedanken an eine Parteimitgliedschaft abschreckende Wirkungen zeitigen.

4.2 Entwertung der Parteimitgliedschaft durch die Partizipationsforschung

Bei dem charakteristischen Verlauf des Mitgliederzyklus der Parteien drängt sich die Vermutung auf, dass zunächst gesellschaftlich induzierte Mobilisierungseffekte den einzigartigen Beitrittsboom in den späten 1960ern und 1970ern erklären. So ergab sich aus der damaligen konfrontativen Auseinandersetzung zwischen sozialliberaler Koalition unter Willy Brandt und der CDU/CSU-Opposition über die Ostpolitik und die Politik innerer Reformen ein partizipatorischer Sogeffekt, der im Wechselspiel von überhitzter Mobilisierung und Gegenmobilisierung hunderttausende politisierter Bürgerinnen und Bürger sowohl in die SPD als auch in die Unionsparteien trieb (Wiesendahl 2005: 63 ff.). Polarisierende Richtungsalternativen bestimmten den Parteienwettbewerb, was sich als positiver Anreiz auf die ideologischen Beitrittsmotive der Neumitglieder auswirkte.

Diese Erklärungslogik verliert auch dann nicht ihre Plausibilität, wenn man nach den Gründen für den anhaltenden Mitgliederniedergang der Parteien sucht. So setzte der Abstieg der Mitgliederpartei SPD mit der Schmidt-Ära ein, die mit ihrer Kernenergie- und Nachrüstungspolitik breite Kreise der politisierten Aktivbürgerschaft gegen sich aufbrachte. Die Entfremdung gegenüber der SPD wurde verschärft, weil sich große Teile der Aktivbürgerschaft in einem von den neuen sozialen Bewegungen angeführten Protestlager sammelten und so zu Trägern des bürgerschaftlichen Aufbegehrens gegen die Schmidt-SPD wurden.

Genau aus diesem Grund ließ für CDU und CSU der Zufluss an neuen Mitgliedern aus dem verschreckten bürgerlich-konservativen Lager noch nicht nach. Der ebte erst ab, als 1982/83 mit dem Amtsantritt von Helmut Kohl die Umsetzung des mobilisierungsträchtigen Versprechens einer geistig-moralischen Wende ausblieb. Von der 16-jährigen Kohl-Ära gingen ganz im Gegenteil demobilisierende Wirkungen aus, zumal sich die Nachrüstungsfrage erledigte und der weitere Kernkraftwerksausbau ab Mitte der 1980er ausgesetzt wurde.

Für die SPD trat dagegen mit der Hinterlassenschaft der Schmidt-Ära eine lang anhaltende Durststrecke an ausbleibendem Mitgliedernachwuchs ein, zumal die linkspolitisierte Aktivbürgerschaft durch die Hinwendung zu den neuen sozialen Bewegungen einen Bruch mit der SPD vollzogen hatte. Selbst mit der in den 1980ern einsetzenden Bewegungsflaute kehrten deren Anhänger nicht zur SPD zurück, so dass eine ganze Generation von Engagierten als Nachwuchs für die Partei ausfiel. Den Grünen schloss sich dieses Protestlager auch nicht an, weil ihm der Gedanke an die organisatorische Bindung an eine Partei grundsätzlich fremd blieb.

Dieser Hintergrund erklärt auf der einen Seite, warum ab Ende der 1970er die Eintrittsschwellen in die Parteien in die Höhe gingen und das bürgerschaftliche Engagement in Parteien einen massiven Wertschätzungsverlust hinnehmen musste. Der springende Punkt dabei ist nur, dass sich zunächst noch mit der Politisierungswelle der Bevölkerung ein gewaltiger Eintrittsstrom über die Parteien ergoss. Sich in Parteien zu engagieren, entsprach eine Zeit lang dem vorherrschenden Zeitgefühl, weil solch ein Schritt von der gesellschaftlichen Umwelt anerkennend goutiert wurde.

Dies gilt auf der anderen Seite nicht für die in den 1970er Jahren aufkommende politische Partizipationsforschung. Sie nahm von dem Massenphänomen der Parteibeitritte keine Notiz, sondern kaprizierte sich auf politische Mobilisierungstrends, die sich in einer neuartigen Protestkultur und in erweiterten Formen des politischen Engagements dokumentierten. Diesen Veränderungen galt die wissenschaftliche Faszination, weil hierin die Abwendung der Westdeutschen von der noch in den Nachkriegsjahren vorherrschenden formal-demokratischen, konfliktscheuen Untertanenkultur (Almond/Verba 1965: 362 ff.) gesehen werden konnte.

In der Tat schossen Bürgerinitiativen aus dem Boden und wachsende Teile der Bevölkerung nahmen an Unterschriftenaktionen teil oder erprobten das Demonstrieren. Die Partizipationsforschung nahm die darin zum Ausdruck kommende Erweiterung des politischen Aktionsrepertoires, wie Barnes und Kaase in ihrer Studie über „political action“ (1979) formulierten, mit Genugtuung wahr, weil sich die sogenannte partizipatorische Revolution (Max Kaase) mit der Hochzeit partizipatorischer Demokratietheorie (Wiesendahl 1981: 103 ff.) und dem Ruf nach gesellschaftlicher Demokratisierung deckte.

Die Entwertung der Parteimitgliedschaft nahm dadurch ihren Lauf. Sie wurde mit dem Etikett der nicht mehr zeitgemäßen, institutionell verfassten und konventionellen politischen Beteiligung belegt, während die „neuen“, nicht verfassten, unkonventionellen, spontanen, zeitlich befristeten und punktuellen Aktionsformen in den Rang von partizipatorischen Trendsettern erhoben wurden. Die nicht verfassten Partizipationsformen wurden als „Gegenpol“ (von Alemann/Strünck 1999: 24) zur Parteimitgliedschaft angesehen. Wer Parteimitglied war, hatte sich der Gruppe der „Konformisten“ zuzurechnen (Kaase 1977: 142).

Wenn auch nachdenkliche Partizipationsforscher später von der Unterscheidung in konventionelle und unkonventionelle Partizipation abrückten und von der „Normalisierung des Unkonventionellen“ sprachen (Fuchs 1990), setzte sich die Entwertung der Parteimitgliedschaft mit der sich in den 1980ern verbreitenden NSB-Forschung fort, zumal für diese die neuen sozialen Bewegungen (NSB) und die von ihnen getragene Protestkultur konfrontativ ein Gegenmodell zu den etablierten Parteien und die von ihnen verfochtene Politik bildeten (Wiesendahl 1989: 96 ff.).

Zweifelsohne ist es so, dass mit der Erweiterung des Beteiligungsmarktes und neuen Anbietern für punktuell und zeitlich befristetes politisches Engagement die Parteien als „Organisationsdinosaurier“ ab den 1980ern zu „Ladenhütern“ der veränderten bürgerschaftlichen Partizipationsnachfrage wurden (Wiesendahl 1990: 13). Nur wirkte die wissenschaftliche Debatte tendenziell „geschäftsschädigend“ auf diesen Nachfrageeinbruch ein, zumal die enorm einflussreiche Wertewandeltheorie von Ronald Inglehart (1977) und die Theorie kognitiver Mobilisierung von Russell Dalton (1984) Parteien als anspruchsgerechte Plattformen bürgerschaftlichen Engagements ins Abseits stellten.

So stellte Inglehart die These auf, dass der Wandel zu postmateriellen Werten die Bereitschaft der Bürger, sich Eliten, von denen Parteien dominiert würden, unterzuordnen, begrenze (1989: 411). Postmaterialismus bedeute eine qualitative Steigerung der Ansprüche an politische Partizipation, was sich nicht mehr mit elitengesteuerten Formen des politischen Engagements verträge. Infolgedessen verlagere sich dieses hin zu Eliten herausfordernden Formen der demonstrativen Partizipation (1989: 454). Wie Schmitt (1987) für linke Parteien nachwies, ließ sich allerdings die These, dass Postmaterialisten elitengesteuerte, hierarchische Parteien meiden würden, nicht bestätigen. Auch erweist sich die These von Inglehart (1990: 339), dass unkonventionelle Partizipation „relatively high skill levels“ beanspruche, ebenfalls als empirisch wenig belastungsfest. Eher umgekehrt ist in Parteien eine anspruchsvolle politische Beteiligungsform zu sehen, während punktuell, zeitlich befristete und aufwandsarme Formen unkonventioneller individueller Partizipation vom Anspruch her eher der „low-skill and low-intensity political participation“ zuzurechnen sind.

Eine nicht weniger massive Entwertung der Parteimitgliedschaft ging von Dalton und seiner Behauptung aus, dass durch verbesserte Ressourcenausstattung der Bevölkerung mit Bildung und politischer Informiertheit diese nicht mehr der Obhut der Parteien bedürfe, sondern sich stattdessen selbstorganisiert politisch artikuliere (2006: 20). Er hängt dieser These die Schlussfolgerung an, dass kognitive Mobilisierung in Verbindung mit Wertewandel zur stärkeren Nutzung „anspruchsvollerer“ Formen politischer Partizipation wie der Mitwirkung in Bürgerinitiativen oder Teilnahme an Demonstrationen führe (2006: 67). Hiergegen sprechen die Befunde aller Parteimitglieder-Rekrutierungsstudien, die nachweisen, dass es Interessierte mit besonders hoher kognitiver Ressourcenausstattung sind, die sich Parteien als Mitglieder anschließen (Niedermayer 2009: 83 ff.). Auch hat sich herausgestellt, dass unkonventionelle Partizipationsformen keinen Ersatz, sondern eine Ergänzung zum Wählen und zur Mitarbeit in Parteien bilden (Forschungsgruppe Wahlen 2003: 13). Trotzdem hing mit dem Fortgang der Partizipationsdebatte der Parteimitgliedschaft das Negative an, von kompetenten, selbstbewussten und autoritätskritischen Bürgern gemieden zu werden.

Vor allen Dingen setzte der Parteiaktivität die in der Partizipationsforschung zum Gemeingut gewordene Verlagerungsthese zu, die besagt, dass sich das bürgerschaftliche Engagement von den alten, dauerhaften und verpflichtungsintensiven Partizipationsformen wie der Mitgliedschaft in Organisationen entfernt und ungebundenen, zeitlich begrenzten und verpflichtungsarmen Partizipationsformen zugewandt habe (Brömme/Strasser 2001: 6 ff.). Mit der „Individualisierung bürgerschaftlichen Engagements“ ist diese Verlagerungsthese unterlegt worden.

Verschiedene Befragungsstudien zur Entwicklung des Bürgerengagements scheinen diese These auf dem ersten Blick zu bestätigen. Während jedoch die Erfassung der Mitgliederentwicklung in Parteien auf harten organisationsstatistischen Daten fußt, wird die Entwicklung nicht verfasster Partizipation zumeist über individualbezogene Beteiligungsbereitschaften und -erfahrungen erfragt, wobei dieser Erhebungsmethode eine systematische Überschätzung des realen Partizipationsniveaus zugrunde liegt (Steinbrecher 2009: 287). Entsprechend weisen die neuesten Befragungsergebnisse des dritten Freiwilligensurveys von 2009 (BMF 2010: 16) erneut einen exorbitant hohen Anteil von 63 % freiwillig Engagierter unter der Bevölkerung aus, denen aber methodisch anders aufgezogene Schätzungen gegenüberstehen, die zwischen 18 und 52 % Engagierten streuen (Priller et al. 2009: 11). Die methodisch fragwürdige Aussagekraft beschönigender individualbezogener Erhebungen zum Bürgerengagement wird sich so lange nicht ausräumen lassen, wie nicht der Widerspruch aufgelöst wird, dass gleichzeitig zivilgesellschaftliche Organisationen „eher von Stagnation oder zurückgehender Engagementbereitschaft“ berichten (ebd.: 7 f.). Wie wenig jedoch diese Kritik der methodisch fehlgeleiteten individualbezogenen Partizipationsforschung etwas anhaben kann, zeigt sich

daran, dass sie so alt ist wie der erste Freiwilligensurvey von 1999 (Leif 2001), ohne je zu einer Umstellung der Erhebung auf verlässlichere organisationsbezogene Daten zu führen. Für die empirische Relevanz der Verlagerungsthese bedeutet dies, dass von der Zahlenbasis kernige Äpfel mit weichen Birnen verglichen werden.

Nach dem Abflauen der bewegungsgesteuerten Protestkultur in den 1980ern richtete sich das akademische Interesse auf das breit gestreute zivilgesellschaftliche Engagement, was mit der „Entdeckung“ der Zivil- und Bürgergesellschaft einherging. Parteiaktivität geriet auch von dieser Seite unter massiven Entwertungsdruck, weil für einflussreiche Wortführer der Zivilgesellschaft die Platzierung allen zivilgesellschaftlichen Bürgerengagements jenseits des Staates konstitutiv war. Parteien haben infolgedessen in der Bürger- oder Zivilgesellschaft, „in der sich die Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der politischen Demokratie selbst organisieren“ (Kortmann et al. 2002: 5), keinen Platz (Klein 2002: 41). Deshalb müsse der von den Parteien und ihrem Herrschaftsanspruch besetzte Raum des Politischen wieder entstaatlicht und „zurückverlagert“ werden (ebd.: 52). Und es müsse der bürgerliche Selbstbestimmungsanspruch gegen den Monopolanspruch „privilegierter Akteure“ (Roth 2000: 20), also Parteien, durchgesetzt werden. In diesem Szenario bilden Parteien Staatsparteien, Außenposten des bevormundenden Staates, die man aus der Zivilgesellschaft herausdrängen möchte (Wiesendahl 2005: 29). Von der zivilgesellschaftlich-staatlichen Brücken- und Vermittlungsfunktion der Mitgliederparteien bleibt dabei nichts übrig. Diese parteienkritische Linie wird mittlerweile sogar auf der engagementpolitischen Bühne fortgeführt. So setzen sich entgegen dem ganzheitlichen bürgerschaftlichen Engagementverständnis, das noch die Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages in ihrem Bericht von 2002 (Enquete-Kommission 2002: 57) an den Tag legte, in den jüngsten Handlungsempfehlungen für eine nationale Engagementstrategie des Nationalen Forums für Engagement und Partizipation (BBE 2010) Kräfte durch, die Parteien als Träger bürgerschaftlicher Partizipation exkludieren. Offenbar wird damit gegen die Zielsetzung des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) verstoßen, zur Stärkung der Bürgergesellschaft gemeinnützige Organisationen stärker mit Wirtschaft, Politik und Verwaltung zu vernetzen (Olk 2008: 167 f.).

4.3 Gesellschaftlicher Anerkennungsverfall des Engagements in Parteien

Auf ein Produkt wirkt sich verkaufsschädlich aus, wenn den Herstellern des Produkts die Vertrauenswürdigkeit abgesprochen wird. So oder ähnlich ergeht es der Parteimitgliedschaft. Gegen einen Parteibeitritt türmen sich mittlerweile enorme psychologische Hürden auf, weil Parteien als Anbieter von politischer Partizipation seit längerem schon einem krassen Vertrauensverfall ausgesetzt sind (Wiesendahl 2006a: 93 ff.). Der Vertrauensschwund setzte

bereits Mitte der 1980er ein und spitzt sich in der Gegenwart so weit zu, dass die Parteien gegenüber mehr als acht von zehn Bundesbürgern in Misskredit gebracht wurden (Köcher 2009: 120, 208). Auch bei Jugendlichen bilden Parteien mit einem extrem niedrigen Vertrauensniveau ein Schlusslicht (Shell 2010: 150).

Die desaströsen Vertrauenswerte indizieren, dass politische Parteien zum Objekt weit verbreiteten öffentlichen Argwohns und Misstrauens wurden. Dies ist nach Gabriel und Holtmann (2010: 308 ff.) nicht zuletzt auf die Negativdarstellung in der populären politischen Krisenliteratur und den öffentlichen Medien zurückzuführen. Parteien stellen mittlerweile einen Prellbock dar, an dem sich der angestaute Unmut und die allgemeine perspektivlose Unzufriedenheit der Bürgerschaft mit der Parteienherrschaft entlädt und abreagiert. Sie sind die Projektionsfläche eines tief sitzenden Grolls, mit der sich die politische Deprivation der Bevölkerung ein Ventil sucht. So geben sowohl 2006 als auch 2010 über 90 % der Bundesbürger ihre Zustimmung zu dem Satz, dass „Leute wie ich [...] sowieso keinen Einfluss darauf haben, was die Regierung tut“. Schlimmer noch kommt es bei dem Satz „Ich halte es für sinnlos, mich politisch zu engagieren“ zu fast gleich hohen Zustimmungsquoten (Decker et al. 2010). Gleichmaßen bestürzend ist die 2009 erhobene Überzeugung von drei Vierteln der Deutschen, dass die Politik auf die Interessen des Volkes keine Rücksicht nehme (Jörges 2009: 52).

Die Crux dabei ist, dass Parteien mit den aus ihnen hervorgehenden Politikern eine Haftungsgemeinschaft bilden und zwangsläufig in Mitleidenschaft gezogen werden. Denn es ist die Kritik an der Abgehobenheit und Selbstbezogenheit der politischen Klasse, die sich in Parteienverdrossenheit widerspiegelt. Berufspolitiker erlitten seit Mitte der 1980er einen schleichenden Reputationsverfall, der in einer allgemeinen Misstrauenskultur gegen sie gipfelt. So ist der Anteil derjenigen, die glauben, dass Politiker nicht ehrlich sind und ihre Wahlversprechen meistens nicht halten, zwischen 2002 und 2010 von 50 auf 90 % angestiegen (Opaschowski 2010: 190). Für den Verfall der Integrität der Politiker spricht, dass im gleichen Zeitraum der Anteil der Bundesbürger, die in ihnen keine moralischen Vorbilder mehr sehen, von 42 auf 85 % emporgeschnellt ist.

Der Achtungs- und Glaubwürdigkeitsverfall der politischen Klasse in Deutschland liefert einen plausiblen Erklärungshintergrund, warum Mitgliederparteien mit ihren hunderttausenden Mitgliedern, Aktiven und Ehrenamtlichen von der Vertrauenskrise infiziert wurden. Die dadurch aufgetürmten mentalen Hürden liegen auf der Hand, um zu verstehen, dass es grundsätzlich Eintrittsbereiten schwerfällt, solch schlecht beleumundeten Organisationen beizutreten. Erklärt wird dadurch auch der Ansehens- und Akzeptanzverlust, der von Parteimitgliedern verspürt wird (Biehl 2009: 102). Durch die Aneinanderreihung von belastenden Klima- und

Beziehungsfaktoren ist das gesellschaftliche Umfeld der Parteien dermaßen abweisend und ressentimentgeladen geworden, dass es in der individuellen Entscheidungssituation großer Überwindungskraft und der Inkaufnahme von immateriellen Nachteilen bedarf, um sich heutzutage einer Partei als Mitglied anzuschließen.

5. Mehr Mitglieder und mehr Mitgliederpartizipation durch Organisationsreformen der Parteien?

Die Krise des Bürgerengagements in Parteien war nirgendwo in Europa gewollt, sondern ein Trend, den die Parteiliten wider Willen über sich ergehen lassen mussten (Pokuntke 2000: 266). Entsprechend gingen von den Parteispitzen speziell der SPD und der CDU ab Beginn der 1990er Jahre mehrere Anläufe aus, um durch Reform der Parteiorganisationen dem Mitgliederschwund entgegenzuwirken (Wiesendahl 1997: 366 ff., 2006a: 150 ff; Kießling 2003; Reichert-Dreyer 2001; Jun 2009). Als Ziele wurden ins Auge gefasst, den Aderlass an Mitgliedern durch partizipatorische Attraktivitätssteigerung der Mitgliedschaft zu stoppen und umzukehren sowie die Mitgliederorganisationen nach außen hin zum Sympathisantenumfeld zu öffnen.

Die SPD nahm sich als erste Partei der Reform ihrer Parteiorganisation an, was 1991 mit dem Bericht „SPD 2000“ begann, dann mit dem Projekt „Mitgliederentwicklung 1995“ weitergeführt wurde und schließlich 2005 mit dem Bericht „Für eine lebendige kampagnenfähige Mitgliederpartei“ endete. Nach ihrer Niederlage bei der Bundestagswahl 2009 strebt die Partei erneut weitgreifende Reformen an, die bis November 2011 auf einem Parteitag beschlossen werden sollen. Die bisherigen Ansätze sind nach Auffassung von Schroeder und Neumann (2009: 337) unvollendete Baustellen. Bei der CDU setzten bereits Ende der 1980er auf Landesebene Reformanstrengungen ein, die aber auf Bundesebene von Helmut Kohl zur Sicherung seiner Macht unterdrückt wurden (Bösch 2002: 53). Gleichwohl bekannte sich die Partei mit ihrem Parteitagsbeschluss „Moderne Parteiarbeit in den neunziger Jahren“ von 1989 zu Reformmaßnahmen. 1995 wurde mit dem Beschluss „Reform der Parteiarbeit“ ein zweiter Anlauf unternommen, während ein dritter Reformvorstoß „Lebendige Volkspartei“ im Jahr 2000 vom Parteivorstand kassiert wurde (Wiesendahl 2006a: 153). Erst im vierten Anlauf nahm 2003 ein CDU-Parteitag das Papier „Bürgerpartei CDU. Reformprojekt für eine lebendige Volkspartei“ entgegen, mit dem statuarisch Mitgliederbefragungen bei Sachfragen und die direkte Wahl von Vorständen und Kandidaten bis zur Kreisverbandsebene aufwärts eingeführt wurden.

Um den Mitgliedern umfangreichere innerparteiliche Partizipationsmöglichkeiten einzuräumen, haben sowohl SPD als auch CDU direktdemokratische Elemente eingeführt, die die Urwahl von Funktionsträgern und Kandidaten ermöglichen und mehr direkte Einwirkung auf den Parteikurs

erlauben. Mit der erstmaligen Direktwahl Rudolf Scharpings 1993 zum Parteivorsitzenden setzte die SPD einen Meilenstein, der sich als Vorbild jedoch nirgendwo einbürgerte. Auf Landesebene ist es hin und wieder mal zur Urwahl des Landesvorsitzenden oder des Ministerpräsidenten-Kandidaten gekommen, wenn Rivalen sich diesem Verfahren stellten. Jüngste Beispiele liefern die Wahl Norbert Röttgens zum Chef der NRW-CDU und der Weg, den die schleswig-holsteinische SPD zur Wahl ihres Spitzenkandidaten für die Landtagswahlen einschlägt. Hier sind auch Nichtparteimitglieder beteiligt. Solche Urwahlen erzeugen generell hohe innerparteiliche Mobilisierungs- und Aktivierungswirkungen, was auch den Erfahrungen anderer europäischer Parteien des sozialdemokratischen Lagers entspricht (Micus 2010: 12). Ein Mehr an Mitgliedereinfluss hat zudem die direktdemokratische Ausstellung von Wahlkreiskandidaten bei Landtags- und Bundestagswahlen erbracht, die jedoch noch nicht überall flächendeckend eingeführt wurde.

Bei Sachfragen haben die Parteien die Möglichkeit von unmittelbaren Mitgliederbefragungen (CDU) sowie Mitgliederbegehren und -entscheiden (SPD) eingeführt, was jedoch an ein hohes Quorum und an bürokratische Genehmigungshürden durch die jeweiligen Vorstände geknüpft wurde. Dementsprechend stehen solche neuen plebiszitären Elemente zwar auf dem Papier, haben jedoch keine praktische Anwendung gefunden. Was hier und da auf Bundes- und Landesebene üblich wurde, sind konsultative Mitgliederbefragungen, denen aber keinerlei Entscheidungsfunktion bei kontroversen Richtungs- und Sachfragen zukommt. Dem stehen die Wünsche einer breiten Mehrheit von SPD-Mitgliedern entgegen, die neben der Mitglieder- und Ortsvereinsbefragung auch für verbindliche Mitgliederentscheide eintreten (polis/sinus 2010a: 17).

Nichts wurde dagegen unternommen, um Parteien unter Einschluss der Möglichkeiten von „cyber democracy“ zu einer Plattform der direktdemokratischen Beteiligungskultur umzuwandeln. Insofern spricht Jun (2009: 198) der Erweiterung direktdemokratischer Beteiligungsmöglichkeiten die Wirkung ab, die innerparteiliche Partizipationskultur belebt zu haben.

Große Früchte trugen den Parteien auch nicht die Bemühungen ein, durch „Schnuppermitgliedschaften“ und Beteiligung von Nichtmitgliedern an der innerparteilichen Willensbildung die Schwelle zur Parteiaktivität zu senken und sie für organisationsunwillige, aber temporär Beteiligungsbereite durchlässiger zu machen. Zwar ist nach den veränderten Parteistatuten von SPD und CDU Mitarbeit in ihren Reihen nicht mehr hermetisch und exklusiv, so dass sie allen Interessierten auch ohne Parteibuch nach selbst gewählten Themenschwerpunkten und Zeitaufwand offensteht (von Alemann/Strünck 1999: 32 ff.). Doch bleiben die Zahlen von Schnuppermitgliedern und Interimsaktiven weit hinter den Erwartungen

zurück. In der SPD berühren solche Öffnungsstrategien zudem einen neuralgischen Punkt, zumal sich unter den Parteimitgliedern massive Widerstände gegen die Beteiligung von Nichtmitgliedern an Sach- oder gar Personalentscheidungen regen (polis/sinus 2010a: 4, 2010b: 18). Umso mehr enthalten Reformvorschläge wie die des damaligen Generalsekretärs der SPD, Müntefering, von 2000, Bundestagskandidaten nach einem offenen Vorwahlverfahren aufzustellen, ein enormes Konfliktpotential. Nicht wirklich nachvollziehbar ist vor diesem Hintergrund, dass der neue SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel Ende August 2010 in einem Interview mit dem „Stern“ die Idee äußerte, die Aufstellung des SPD-Kanzlerkandidaten in einer Art Vorwahlverfahren für Nichtmitglieder zu öffnen. Abgesehen von parteiengesetzlichen Hürden muss dabei gesehen werden, dass jedermann zugängliche Vorwahlen den Kern der Mitgliederpartei untergraben, die Organisierten als Gegenleistung für ihr Engagement exklusive, selektive Partizipationsrechte einräumt. Ließen sich Parteien auf offene Vorwahlen bei der Elitenauslese ein, wäre das nach amerikanischem Vorbild der Beginn von „candidate-centered politics“, die sich in Symbiose mit den Massenmedien der Fesselung durch Mitglieder- und Programmparteien vollends entledigen könnte. Berufspolitikerherrschaft könnte sich noch stärker aus der parteidemokratischen Anbindung herauslösen. Um die Partizipationsqualität der Mitglieder in Parteien zu erhöhen, wäre dagegen anzustreben, den Parteivorsitz oder eine Kanzlerkandidatur direktdemokratisch von einer obligatorischen Urwahl durch die Parteimitglieder abhängig zu machen.

Auf einem anderen Blatt Papier steht die Öffnungsstrategie der Parteien, mit denen sie sich aktiv ihrem Umfeld zuwenden, um Anschluss an die neben den Parteien entstandenen zivilgesellschaftlichen Assoziationen und Initiativen zu finden und zu ihnen enge Kontakte und Austauschbeziehungen aufzubauen. Hierin ist eine Reaktion auf die Schrumpfung und die Nachwuchsprobleme der Mitgliederorganisationen zu sehen. Weil die Aktivbürgerschaft nicht mehr in hinreichender Zahl in die Parteien hineinkommt, gehen die Parteien umgekehrt von sich aus auf die Zivilgesellschaft zu, um Brückenköpfe zu bilden.

Nur war in der SPD der Widerstand gegen die Netzwerkpartei, unter der die Öffnungsstrategie zunächst lief, dermaßen groß, dass offiziell wieder zur Mitgliederpartei zurückgekehrt wurde. Zu offensichtlich zielte das Modell darauf ab, dem Berufspolitiker Kern der SPD an der verkrusteten Mitgliedschaft vorbei neue externe Unterstützerkreise zu erschließen (Jun 2009: 199). Die CDU hält an ihrem Öffnungsmodell der Bürgerpartei fest, wobei aber die Avancen der Parteien, mit zivilgesellschaftlichen Akteuren und Gruppen lose Netzwerkbeziehungen zu knüpfen, nur auf begrenzte Gegenliebe stoßen (Mielke 2007: 63). Die Ressentiments der Gruppen gegenüber dem politischen Parteibetrieb sitzen zu tief, um auf eine entspannte Wiederannäherung zwischen ihnen und den Parteien setzen zu können.

Besonderen Aufschluss über die Zielsetzung und Reichweite der Organisationsreformen lässt abschließend die Frage zu, was alles nicht angerührt und verändert wurde. So machen die Reformbestrebungen allesamt an der Stelle halt, wo die Grundlagen der aus den Parteien hervorgehenden Politikerherrschaft hätten angegriffen werden können. Obgleich der CDU-Patriarch Helmut Kohl, 26 Jahre Parteivorsitzender und 16 Jahre Kanzler, sich 1987 auf einem CDU-Parteitag gegen die „Verbonzungs“-Gefahr der Partei ausließ, dachte er nicht daran, für Spitzenvertreter Ämterbefristungen oder Ämterbegrenzungen einzuführen (Wiesendahl 2006a: 161). In der SPD scheiterten ähnliche Überlegungen. Im Gegenteil baute man die Praxis weiter aus, Spitzenleuten aus der „party in public office“ auch noch Spitzenplätze in der innerparteilichen Ämterhierarchie einzuräumen und sie bei Wahlen über Toplistenplätze abzusichern. Die Grünen haben sich an diese Oligarchisierungspraxis noch nicht angepasst, sich jedoch mit dem Auskugeln von Spitzenpositionen dem Trend zur Berufspolitikerpartei nicht gänzlich versagt. Allein die hin und wieder aufmüpfige Parteibasis auf Parteitag erinnert noch an vergangene Zeiten.

Ein echter frauenpolitischer Durchbruch ist allerdings mit der Einführung von Quoten für innerparteiliche Vorstandsämter und Kandidatenaufstellungen von den 1990ern an zu vermelden (Kürschner 2009: 20), so dass Frauen als die eigentlichen Gewinnerinnen aus den Organisationsreformen hervorgehen. Selbst die männerdominierte CSU beugte sich als Nachzüglerin dem Trend und hat sich jüngst auf ihrem Reformparteitag Ende Oktober 2010 für eine nach unten hin unwirksame Frauenquote entschieden.

Nach zwei Dekaden Organisationsreformen schält sich heraus, dass eine Stärkung und Wiederbelebung der Parteiendemokratie von unten von den bisher nur halbherzig angegangenen und nicht konsequent durchgesetzten Maßnahmen nicht zu erwarten ist. Formal wurde zwar die Mitgliederpartei, die Partei an der Basis, gestärkt. Doch faktisch kann sie weiterhin der Dominanz der Berufspolitiker und der verselbstständigten „party in public office“ nichts anhaben. Das Binnenleben der Parteien wurde nirgendwo in Richtung auf eine lebendige direktdemokratische Beteiligungskultur verändert (Wiesendahl 2006a: 159). Verwundern kann dies nicht, weil es den Parteispitzen vor allem um „image-fed motives“ (Scarrow 1999: 349) und publizistische Effekte geht und nicht um grundlegende Reformen. Die Stärkung der Mitgliederpartizipation bleibt so lange kosmetischer Art, wie sie nicht bis zum Kernbereich des Machtsicherungssystems der Parteispitzen und der Berufspolitikerpartei vordringt. Da der Mitgliederschwund nicht umgekehrt werden konnte und die Attraktivitätssteigerung des Bürgerengagements in Parteien ausblieb, sind alle Reformen bislang gründlich gescheitert (Jun 2009: 187). Für die Zukunft wird dies so lange so bleiben, wie es den Parteien an einem

glaubwürdigen, mitreißenden Profil mangelt und sie nicht verdeutlichen, „wohin sie wollen, [...] für wen sie (mit welchem Ziel) Politik machen wollen“ (Micus 2010: 14).

5.1 Mehr direkte Demokratie oder Revitalisierung des bürgerschaftlichen Engagements in Parteien

Bei der Krise der Mitgliederpartei handelt es sich um das Symptom einer Legitimationskrise der Parteiendemokratie, die an den Grundfesten der repräsentativdemokratischen Organisation politischer Herrschaft in Deutschland rüttelt. Denn gesellschaftlich entwurzelte und entfremdete Parteiendemokratie droht zur hohlen Legitimationsfassade für sich dahinter verbergende ausufernde, selbstbezogene Berufspolitikerherrschaft zu werden. Damit wird in Frage gestellt, ob Parteien wirklich noch bürgernahe effektive Instrumente der Repräsentation und Umsetzung des Volkswillens bilden.

Jedenfalls wächst angesichts der Misstrauenskultur gegen Parteien und Politikerherrschaft der Ruf nach direkter Demokratie, und die Bürgerschaft macht sich vermehrt in Form von Volksbegehren und Volksentscheiden (Weixner 2006: 104 ff.) Luft, um auf diese Weise als nicht ernst genommene Gegenkraft in die Domäne des elitengesteuerten Politikbetriebs einzubrechen. Zugleich schwillt die Debatte an, auch auf Bundesebene Möglichkeiten direkter Volksgesetzgebung einzuführen. Mit dem Ausbau der nicht verfassten Selbstorganisation bürgerschaftlicher Partizipation und der direkten Demokratie soll dem Übel der repräsentativdemokratischen Parteien- und Politikerherrschaft an die Wurzel gegangen werden. Ob hierdurch jedoch den Auswüchsen bürgerferner Stellvertreterdemokratie Einhalt geboten und die Qualität demokratischer Organisation der bürgerschaftlichen Interessenartikulation und Interessenvermittlung bis hin zur Umsetzung in politisch verbindliche Entscheidungen gesteigert werden kann, ist zumindest diskussionsbedürftig.

Volksbegehren und Volksabstimmungen stellen neben nicht verfassten bürgerschaftlichen Protestformen eine überfällige direktdemokratische Ergänzung und Bereicherung der repräsentativdemokratischen Organisation politischer Willensbildung dar, durch die politische Impulse gesetzt werden können und aus berechtigten Gründen bürgerschaftlichen Aufbegehrens in die Speichen des selbstbezogenen Politikbetriebs gegriffen wird. Wegen ihres punktuellen, zeitlich begrenzten, issuespezifischen Charakters können sie jedoch den über Parteien umfassend und dauerhaft organisierten politischen Prozess nicht ersetzen. Auch nicht verfasste, selbstorganisierte Formen des Bürgerengagements stellen sporadische, punktuelle und zeitlich befristete Einmischungsformen in den Politikbetrieb dar, die zu ihrer weiteren Vermittlung und Umsetzung institutioneller Arrangements und Strukturen bedürfen.

Zudem drängt sich bei diesen Partizipationsformen die ungeklärte Frage der Wahrung des demokratischen Gleichheitsprinzips auf, weil inaktive ressourcen- und artikulationsschwache Bevölkerungsgruppen diesen Ausdrucksformen politischer Partizipation fernstehen. Wird also den Teilnehmern von Bürgerinitiativen und bürgerschaftlichen Protestaktivitäten ein besonderes politisches Gewicht eingeräumt, verbessern sich die Interessenartikulations- und Durchsetzungschancen gesellschaftlich besser gestellter, aktiver Minderheiten (Gabriel 2000: 100, 119). Die demokratiethoretisch erwünschte Ausweitung bürgerschaftlicher Partizipation führt infolgedessen für Max Kaase (1981: 365) zu einem „Paradox“: Je mehr „freiwillige Beteiligung [...] verwirklicht wird, desto größer ist faktisch wegen der ungleich besseren Ressourcenausstattung der Aktivbürgerschaft die Chance des Auftretens politischer Ungleichheit.“

Dieses Problem haben, wie aufgezeigt wurde, die Parteien auch. Nur gehen sie aktiv dagegen an, indem sie Minderheiten durch Quotenbildungen zur Repräsentanz ihrer Interessen verhelfen. Dagegen hat sich die individualbezogene Partizipationsforschung erst noch dem Problem zu stellen, wie man der Inklusivität und Exklusivität direktdemokratischer Formen des nicht verfassten Bürgerengagements demokratiethoretisch und politisch-praktisch Herr werden könnte.

Aus einem weiteren Grund ist es ein politisch naiver Trugschluss zu glauben, dass man die politische Regelungskompetenz den Berufspolitikern und Parteien entziehen und zur eigenverantwortlichen Selbstorganisation der Zivilgesellschaft übertragen könnte. Bürgerschaftliches Engagement verfügt nämlich entweder über keinerlei Politikbezug oder hat, weil es sich gewöhnlich in situativen, sporadischen, diskontinuierlichen, punktuellen und nicht nachhaltigen Ausdrucksformen artikuliert, keine politische Dauerwirksamkeit. Zudem kann durch nicht verfasste temporäre politische Partizipation nach Steinbrecher (2009: 41) lediglich indirekter Einfluss auf die politischen Akteure ausgeübt werden.

Wie es überhaupt um die Wirksamkeit unmittelbarer, nicht elektoraler Formen des Bürgerengagements außerhalb von Parteien bestellt ist, darüber ist nichts Aussagekräftiges bekannt, weil es die Partizipationsforschung bisher versäumt hat, die effektiven Wirkungen nicht verfasster politischer Partizipation, also die Einflusswirksamkeit auf die politischen Entscheidungsträger und den von ihnen verfolgten politischen Kurs, zu untersuchen (Steinbrecher 2009: 292). Auch wenn die Direktwahl von Bürgermeistern oder Ministerpräsidenten unter Ausschaltung der Parteien Praxis würde, ist damit noch nichts über die effektive Kontrolle politischer Entscheidungsträger und die Rückbindung ihres Handelns an die Wünsche und Erwartungen der Bürgerschaft ausgesagt.

Deshalb lassen sich die Fehlentwicklungen der Parteiendemokratie auch nicht mit deren Abschaffung und Ersatz durch unmittelbare bürgerschaftliche Partizipationsformen auskurieren. Denn Parteien auszubooten hieße für die Zivilgesellschaft, eines ihrer wichtigsten „instruments of public control“ (Ware 1987: 24) gegenüber den Berufspolitikern und das „zentrale Scharnier“ (Poguntke 2000: 23), das Bürgerinnen und Bürger mit den staatlichen Entscheidungseinrichtungen verbindet, preiszugeben. Als Brücken- und Vermittlungsinstanzen sind Parteien durch keine Form der Direkt- und Abstimmungsdemokratie oder der zivilgesellschaftlichen Selbstorganisation von Politik ersetzbar. Im Gegenteil sind sie zur Politikbefähigung der Zivilgesellschaft unerlässlich. Sie werden mit ihrer Linkage- und Interessenrepräsentationsfunktion gebraucht, um ein Gegengewicht zu partikularen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interessen mit unmittelbarem Bezug zu den Entscheidungszentren der Politik zu bilden und um an einer gerechten Gesellschaftsordnung zu arbeiten. Die Alternative zur Parteiendemokratie heißt nicht unmittelbare bürgerschaftliche politische Selbstorganisation, sondern entfesselte und verselbstständigte Berufspolitikerherrschaft. Insofern kann an der Revitalisierung der Parteiendemokratie und des bürgerschaftlichen Engagements in Parteien kein Weg vorbeigehen.

6. Lösungsvorschläge und Forderungen

Es wird keine Parteien als Orte effektiver unmittelbarer Partizipation für Aktivbürger geben, wenn nicht gleichzeitig der verselbstständigte Handlungsspielraum der Parteispitzen und der „party in public office“ eingeschränkt wird (Deckerbeck 2009: 83). Dabei wäre der auf Dauer eingerichteten Berufspolitikerherrschaft nur dann frontal zu Leibe zu rücken, wenn sie durch strikte Ämterbefristung zeitlich begrenzt würde. Eine hierfür notwendige Diskussion über den einzubeziehenden Kreis an innerparteilichen und öffentlichen Spitzenämtern und über den Zeitansatz der „term limits“ macht aber hier keinen Sinn, weil sie an rechtlichen Hürden und dem Widerstand der Betroffenen auflaufen würde. Auch einer strikten Trennung zwischen öffentlichem Spitzenamt und einer innerparteilichen Führungsposition, wie es die Satzung der Grünen vorsieht, das Wort zu reden, ist bei der herrschenden Machtsicherungspraxis der politischen Klasse in Deutschland nur schwer durchsetzbar. Andere europäische Länder liefern hier bessere Vorbilder. Allerdings stände einer generellen Begrenzung von öffentlichen und innerparteilichen Ämtern, wie sie bei den organisatorischen Reformanläufen der Parteien diskutiert und teilweise statuarisch auch umgesetzt wurde, nichts im Wege.

Um jedoch zum Kern erweiterter partizipatorischer Demokratie in den Parteien vorzudringen, ist der Hebel bei Maßnahmen anzusetzen, durch die Parteieliten und öffentliche Amtsinhaber wirksam an die Mitgliederbasis ihrer Parteien an- und rückgebunden werden. Dies gelingt nur,

wenn sie bei innerparteilichen Wahlen obligatorischer Konkurrenz und dem verstärkten Risiko des Scheiterns ausgesetzt werden. Und gerade zur „Stärkung der Bürgergesellschaft“ kommt es auf Parteien als „bürgerschaftliche Organisationen“ an, „die den Engagierten optimale Mitbestimmungsmöglichkeiten geben und interne Demokratisierungsprozesse durchlaufen“ (Bürsch 2008: 9 f.).

Zunächst einmal sind hierfür alle Personalwahlen für innerparteiliche Funktions- und für öffentliche Wahlämter per Urwahl in die Hände der Mitglieder zu legen. Bei der Stimmenabgabe für Listenkandidaten von Vorstandspositionen und öffentlichen Ämtern sollten den Mitgliedern mehrere Stimmen gegeben werden, um per Kumulation die Listenplatzierung der Vorgeschlagenen ändern zu können.

Zudem sollten alle Personalwahlen grundsätzlich nach dem Auswahl- und nicht nach dem Akklamationsprinzip erfolgen. Sicherzustellen ist, dass Mitglieder aus mehreren Bewerberinnen und Bewerbern in geheimer Wahl auswählen können. Dies gilt auch für Listenaufstellungen bei Landtags-, Bundestags- und Europawahlen.

Um nach Personalwahlen die Zufriedenheit der Parteibasis mit dem eingeschlagenen Kurs der Partei sowie der Performanz der Parteispitzen und öffentlichen Mandatsträger auf Kreis-, Landes- und Bundesebene zu ermitteln, werden unter den Parteimitgliedern regelmäßig Online-Befragungen durchgeführt. Die Befragungsergebnisse werden mit älteren Zufriedenheitserhebungen verglichen und parteiintern allgemeinen publik gemacht.

Zusätzlich wird ein Online-Berichtswesen eingerichtet, bei dem Parteispitzen und öffentliche Mandatsträger regelmäßig Rechenschaft darüber ablegen, inwieweit Parteitagsbeschlüsse und Forderungen der Partei in die politische Praxis eingeflossen sind bzw. umgesetzt wurden. Um der Kontrolle der gewählten Funktions- und Amtsträger auch institutionell Nachdruck zu verleihen, werden auf Kreis-, Landes- und Bundesebene Kontrollboards aus ehrenamtlichen Mitgliedern eingeführt, die die Einhaltung von Parteitagsbeschlüssen überwachen. Sie schlagen online Alarm, wenn sich Beschlusslage und politisches Handeln der Partei auseinanderentwickeln.

Vor allen Dingen geht es aber darum, auf Parteitag den medienzentrierten Personenkult um Frontleute der Partei zu unterbinden. Das System räumlicher Absetzung und Hervorhebung von Vorständlern und öffentlichen Mandatsträgern gegenüber den Delegierten wird abgeschafft. Bis auf das Parteitagspräsidium reihen sich Amtsträger und Parteispitze unter die Delegierten ein und ihre Redezeit unterliegt strikter Zeitbegrenzung.

Um den unmittelbaren Einfluss der Mitglieder auf Programmatik und Kursbestimmung der Parteien zu erhöhen, werden Mitgliederabstimmungen über Parteiprogramme obligatorisch. Zudem werden innerparteiliche Mitgliederbegehren online gestellt und Mitgliederplebiszite zu kontroversen Sachfragen erleichtert.

Um Hürden für den Parteibeitritt abzusenken, wird eine zentrale Online-Mitgliedschaft eingeführt, die sich von der erstarrten Ortsvereinsbindung der Mitgliedschaft löst.

Ohne Zweifel stellen Beitragsleistungen von Parteimitgliedern ein Beitritts hemmnis dar, das beseitigt werden sollte. Mitgliederbeiträge bilden ein historisch überholtes Relikt aus vergangenen Formierungsjahren der Massenparteien, denen für einfache Mitglieder und Ehrenamtliche keine äquivalenten materiellen Gegenleistungen gegenüberstanden. Sie sollten durch freiwillige Spenden, die öffentlich prämiert werden, ersetzt werden. Finanzielle Ausfälle der Parteien lassen sich durch konsequent eingeforderte Abgaben der Mandatsträger und durch eine öffentliche Grundfinanzierung der Parteienorganisationen kompensieren.

Eine Wende in der Mitglieder malaise der Parteien wird aber nur dann einzuleiten sein, wenn sich an der Anerkennungskultur für das bürgerschaftliche Engagement in Parteien Grundlegendes ändert. Hierfür ist auf der einen Seite in der wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Partizipationsdebatte ein Paradigmenwechsel notwendig. Auf der anderen Seite ist gerade für die Verbesserung der Anerkennungskultur von Parteimitgliedern eine Kehrtwende von Journalisten und elektronischen Medien angezeigt, die gegenüber ihrem Hang zur personalisierten Berufspolitikerberichterstattung ein Stück Distanz aufbringen müssten. Nur so ließe sich der Partizipationskultur von unten und kontroverser innerparteilicher Debattenkultur etwas Positives abgewinnen.

Für die wirksamere bürgerschaftliche Anbindung der aus den Parteien hervorgehenden Berufspolitiker ist die Revitalisierung der Mitgliederpartizipation in Parteien von einem dermaßen großen politischen Gewicht, dass die Parteien mit diesem Problem nicht alleingelassen werden können. Deshalb sind sie in eine künftige regelmäßige organisationsbezogene wissenschaftliche Berichterstattung zur Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements zwingend einzubeziehen.

Und um der Förderung der politischen Partizipation in Parteien auch engagementpolitische Unterstützung zu gewähren, sollte dieser parteidemokratisch elementare Bereich bürgerschaftlicher Partizipation auf jeden Fall mit in die engagementpolitische Agenda des Bundesministeriums für Familie, Frauen, Senioren und Jugend sowie der Bundesregierung aufgenommen werden.

Literatur

- Alemann, Ulrich von/Strünck, Christoph** (1999): Die Weite des politischen Vor-Raumes. Partizipation in der Parteiendemokratie. In: Kamps, Klaus (Hrsg.): Elektronische Demokratie? Perspektiven politischer Partizipation. Wiesbaden, S. 22–38.
- Almond, Gabriel A./Verba, Sidney** (1965): The Civil Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Countries. Boston.
- Barnes, Samuel H./Kaase, Max et al.** (1979): Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies. Beverly Hills, London.
- BBE (Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement)** (Hrsg.) (2010): Engagement ermöglichen – Strukturen gestalten. Handlungsempfehlungen für eine nationale Engagementstrategie. Nationales Forum für Engagement und Partizipation. Bd. 3. Berlin.
- Beyme, Klaus von** (2000): Parteien im Wandel. Wiesbaden.
- Beyme, Klaus von** (2001): Funktionswandel der Parteien in der Entwicklung von der Massenmitgliederpartei zur Partei der Berufspolitiker. In: Gabriel, Oscar/Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland, 2., erweit. Aufl. Bonn, S. 315–339.
- Biehl, Heiko** (2005): Parteimitglieder im Wandel. Partizipation und Repräsentation. Wiesbaden.
- Biehl, Heiko** (2009): Soziale Entwurzelung und Repräsentationsverlust der Parteien. In: Jun, Uwe/Niedermayer, Oskar/Wiesendahl, Elmar (Hrsg.): Zukunft der Mitgliederpartei. Opladen, Farmington Hills, MI, S. 111–128.
- BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend)** (Hrsg.) (2010): Monitor Engagement. Nr. 2: Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004 – 2009. Kurzbericht des 3. Freiwilligensurveys. Berlin.
- Bösch, Frank** (2002): Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU. Stuttgart.
- Brömme, Norbert/Strasser, Hermann** (2001): Gespaltene Bürgergesellschaft? Die ungleichen Folgen des Strukturwandels von Engagement und Partizipation. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 25/26, S. 6–14.
- Bürsch, Michael** (2008): Das Projekt Bürgergesellschaft: Demokratie, Teilhabe und Anerkennungskultur. In: Bürsch, Michael (Hrsg.): Mut zur Verantwortung. Mut zur Einmischung. Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland. Bonn, S. 7–20.
- Crouch, Colin** (2008): Postdemokratie. Frankfurt am Main.
- Dalton, Russell J.** (1984): Cognitive Mobilization and Partisan Realignment in Advanced Democracies. In: The Journal of Politics, Nr. 46, S. 264–284.

- Dalton, Russell J.** (2006): Citizen Politics. Public Opinion and Political Parties in Advanced Industrial Democracies. 4. Aufl. Washington, D. C.
- Decker, Frank** (2007): Parteiendemokratie im Wandel. In: Decker, Frank/Neu, Viola (Hrsg.): Handbuch der deutschen Parteien. Wiesbaden, S. 19–61.
- Decker, Oliver et al.** (2010): Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010. Friedrich-Ebert-Stiftung. Forum Berlin. Berlin.
- Detterbeck, Klaus** (2009): Die Relevanz der Mitglieder: Das Dilemma effektiver Partizipation. In: Jun, Uwe/Niedermayer, Oskar/Wiesendahl, Elmar (Hrsg.): Zukunft der Mitgliederpartei. Opladen, Farmington Hills, MI, S. 71–78.
- Enquete-Kommission** „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages (Hrsg.) (2002): Bericht: Bürgerschaftliches Engagement auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Opladen.
- Forschungsgruppe Wahlen** (Hrsg.) (2003): Politische Partizipation in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage November 2003. Mannheim.
- Fuchs, Dieter** (1990): The Normalization of the Inconventional. Forms of Political Action and New Social Movements. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). Berlin.
- Fuchs, Dieter** (2000): Demokratie und Beteiligung in der modernen Gesellschaft: einige demokratietheoretische Überlegungen. In: Niedermayer, Oskar/Westle, Bettina (Hrsg.): Demokratie und Partizipation. Festschrift für Max Kaase. Wiesbaden, S. 250–286.
- Gabriel, Oskar W.** (2000): Partizipation, Interessenvermittlung und politische Gleichheit. Nicht intendierte Folgen der partizipatorischen Revolution. In: Klingemann, Hans-Dieter/Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.): Zur Zukunft der Demokratie. Berlin, S. 99–122.
- Gabriel, Oscar/Holtmann, Everhard** (2010): Der Parteienstaat – ein immerwährendes Ärgernis? Ideologiekritische und empirische Anmerkungen zu einer aktuellen Debatte. In: Zeitschrift für Politik, 57. Jg., H. 3, S. 307–328.
- Gabriel, Oskar W./Völkl, Kerstin** (2005): Politische und soziale Partizipation. In: Gabriel, Oskar W./Holtmann, Everhard (Hrsg.): Handbuch Politisches System der Bundesrepublik Deutschland. 3., völlig überarb. u. erweit. Aufl. München, Wien, S. 523–574.
- Gensicke, Thomas/Geiss, Sabine** (2006): Bürgerschaftliches Engagement: Das politisch-soziale Beteiligungsmodell der Zukunft? In: Hoecker, Beate (Hrsg.): Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. Eine studienorientierte Einführung. Opladen, S. 308–328.
- Glitz, Peter** (1997): Die Politische Krise als Kommunikationskrise. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 36/37, S. 3–6.
- Gusy, Christoph** (1989): Demokratische Repräsentation. In: Zeitschrift für Politik, 36. Jg., S. 264–285.

- Habermas, Jürgen et al.** (1961): Student und Politik. Neuwied.
- Inglehart, Ronald** (1977): The silent revolution. Changing values and political styles among western publics. Princeton, NJ.
- Inglehart, Ronald** (1979): Political Action. The Impact of Values, Cognitive Level and Social Background. In: Barnes, Samuel H./Kaase, Max (Hrsg.): Political Action. Beverly Hills, London, S. 343–380.
- Inglehart, Ronald** (1990): Cultural Shift in Advanced Industrial Societies. Princeton, NJ.
- Jörges, Hans-Ulrich** (2009): Die Rückkehr der Demokratie. In: Stern, Nr. 48, S. 60.
- Jun, Uwe** (2002): Professionalisiert, medialisiert und etatisiert. Zur Lage der deutschen Parteien am Beginn des 21. Jahrhunderts. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 33. Jg., H. 4, S. 770–789.
- Jun, Uwe** (2009): Organisationsreformen der Mitgliederparteien ohne durchschlagenden Erfolg: Die innerparteilichen Veränderungen von CDU und SPD seit den 1990er Jahren. In: Jun, Uwe/Niedermayer, Oskar/Wiesendahl, Elmar (Hrsg.): Zukunft der Mitgliederpartei. Opladen, Farmington, Hills; MI, S. 187–210.
- Kaase, Max** (1977): Strukturen politischer Beteiligung. In: Wildenmann, Rudolf (Hrsg.): Form und Erfahrung. Festschrift für Ferdinand A. Hermes. Berlin, S. 129–151.
- Kaase, Max** (1981): Politische Beteiligung und politische Ungleichheit: Betrachtungen zu einem Paradox. In: Albertin, Lothar/Link, Werner (Hrsg.): Politische Parteien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie. Düsseldorf, S. 363–377.
- Katz, Richard** (1986): Party Government. A Rationalistic Conception. In: Wildenmann, Rudolf (Hrsg.): The Future of Party Government. Vol. 1: Visions and Realities of Party Government. Berlin, New York, S. 31–71.
- Katz, Richard S./Mair, Peter** (1995): Changing Models of Party Organization and Party Democracy. The Emergence of the Cartel Party. In: Party Politics, 1. Jg., H. 1, S. 5–28.
- Kießling, Andreas** (2003): Changemanagement als Reformoption. Strukturelle und kulturelle Perspektiven für die deutschen Parteien. In: Glaab, Manuela (Hrsg.): Impulse für eine neue Parteiendemokratie. Analysen zu Krise und Reform. München, S. 69–94.
- Kirchheimer, Otto** (1965): Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems. In: Politische Vierteljahresschrift, 6. Jg., S. 30–41.
- Klein, Ansgar** (2002): Der Diskurs der Zivilgesellschaft. In: Meyer, Thomas/Weil, Reinhard (Hrsg.): Die Bürgergesellschaft: Perspektiven für Bürgerbeteiligung und Bürgerkommunikation. Bonn, S. 37–64.
- Köcher, Renate** (Hrsg.) (2009): Allenbacher Jahrbuch der Demoskopie 2003–2009. Bd. 12. Berlin, New York.

- Kortmann, Karin/Evers, Adelbert/Olk, Thomas/Roth, Roland** (2002): Engagementpolitik als Demokratiep politik. Reformpolitische Perspektiven für Politik und Bürgergesellschaft. In: Maecenata aktuell, Nr. 34, S. 5–25.
- Kürschner, Isabelle** (2009): Frauen in Parteien. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 50, S. 16–21.
- Leibholz, Gerhard** (1960): Das Wesen der Repräsentation und der Gestaltwandel der Demokratie im 21. Jahrhundert. 2. Aufl. Berlin.
- Leibholz, Gerhard** (1967): Strukturprobleme der modernen Demokratie. 3. Aufl. Karlsruhe
- Mair, Peter** (2008): The Challenge to Party Government. In: West European Politics, 31. Jg., 1, S. 211–234.
- Micus, Matthias** (2010): Organisationsidentität und -reform sozialdemokratischer Parteien in Europa. Friedrich-Ebert-Stiftung. Internationale Politikanalyse. Berlin.
- Leif, Thomas** (2001): Die Faszination der großen Zahl. In: Frankfurter Rundschau vom 29.12.2001, S. 7.
- Mielke, Gerd** (2003): Parteien zwischen Kampagnenfähigkeit und bürgerschaftlichem Engagement. In: Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages (Hrsg.): Bürgerschaftliches Engagement in Parteien und Bewegungen. Opladen, S. 157–166.
- Mielke, Gerd** (2007): Auf verlorenem Posten? Parteien in der Bürgergesellschaft. In: Forschungsjournal NSB, Nr. 4, S. 63–71.
- Mintzel, Alf** (1989): Großparteien im Parteienstaat der Bundesrepublik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 11, S. 3–14.
- Müller, Marion** (2002): Parteitage in der Mediendemokratie. In: Alemann, Ulrich von/Marschall, Stefan (Hrsg.): Parteien in der Mediendemokratie. Wiesbaden, S. 147–172.
- Müntefering, Franz** (2000): Demokratie braucht Partei. Die Chance der SPD. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 31. Jg., H. 2, S. 337–342.
- Neugebauer, Gero** (2007): Politische Milieus in Deutschland. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn.
- Niedermayer, Oskar** (2009): Der Wandel des parteipolitischen Engagements der Bürger. In: Kühnel, Steffen/Niedermayer, Oskar/Westle, Bettina (Hrsg.): Wähler in Deutschland. Sozialer und politischer Wandel, Gender und Wahlverhalten. Wiesbaden, S. 80–134.
- Niedermayer, Oskar** (2010): Die Entwicklung der Parteimitgliedschaften von 1990 bis 2009. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 41. Jg., H. 2, S. 421–437.
- Olk, Thomas** (2008): Hat sich Engagementpolitik etabliert? In: Bürsch, Michael (Hrsg.): Mut zur Verantwortung. Mut zur Einmischung. Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland. Bonn, S. 156–175.

- Opaschowski, Horst W.** (2010): Wir! Warum Ichlinge keine Zukunft mehr haben. Hamburg
- Poguntke, Thomas** (2000): Parteiorganisation im Wandel. Wiesbaden.
- polis/sinus** (2010a): Ergebnisse einer bundesweiten Befragung der SPD-Ortsvereine. Ohne Ort.
- polis/sinus** (2010b): Ergebnisse einer bundesweiten Befragung der SPD-Unterbezirke und Kreisverbände. Ohne Ort.
- Pöllmann, Guido** (2006): Kooperativer Staat und Parteiendemokratie. Berlin.
- Priller, Eckard et al.** (2009): Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). Berlin.
- Reichardt-Dreyer, Ingrid** (2001): Parteireform. In: Gabriel, Oskar W./Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland. 2. Aufl. Bonn, S. 570–591.
- Rogers, Ben** (2005): From Membership to Management? The Future of Political Parties as Democratic Organisations. In: Parliamentary Affairs, 58. Jg., H. 3, S. 600–610.
- Roth, Roland** (2001): Bürgerschaftliches Engagement – Formen, Bedingungen, Perspektiven. In: Zimmer, Anette (Hrsg.): Engagierte Bürgerschaft. Opladen, S. 2–19.
- Scarrow, Susan E.** (1999): Parties and the Expansion of Direct Democracy. In: Party Politics, 5. Jg., Nr. 3, S. 341–362.
- Scarrow, Susan E.** (2007): Political Activism and Party Members. In: Dalton, Russell J./Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): The Oxford Handbook of Political Behavior. Oxford, S. 636–654.
- Scheuner, Ulrich** (1961): Das repräsentative Prinzip in der modernen Demokratie. In: Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit. Festschrift für Hans Huber, Bern, S. 222–246.
- Schmitt, Hermann** (1987): Neue Politik in alten Parteien. Zum Verhältnis von Gesellschaft und Parteien in der Bundesrepublik. Opladen.
- Schroeder, Wolfgang/Neumann, Arijana** (2009): Organisationsreformen von SPD und CDU auf Landesebene. In: Schalt, Fabian et al. (Hrsg.): Neuanfang statt Niedergang. Zukunft der Mitgliederpartei. Berlin, S. 333–353.
- Schumpeter, Joseph A.** (1950): Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Tübingen.
- Shell** (Hrsg.) (2010): Jugend 2010. 16. Shell Jugendstudie. Frankfurt am Main.
- Steinbrecher, Martin** (2009): Politische Partizipation in Deutschland. Baden-Baden
- Ware, Alan** (1997): Citizens, Parties and the State. A Reappraisal. Princeton, NJ.
- Weixner, Bärbel** (2006): Direktdemokratische Beteiligung in den Ländern und Kommunen. In: Hoecker, Beate (Hrsg.): Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. Eine studienorientierte Einführung. Opladen, S. 100–132.
- Whiteley, Paul/Seyd, Patrick** (2002): High-Intensity Participation. The Dynamics of Party Activism in Britain. Ann Arbor, MI.

- Widfeldt, Anders** (1999): Linking Parties with People? Party Membership in Sweden 1960–1997. Aldershot u. a.
- Wiesendahl, Elmar** (1981): Moderne Demokratietheorie. Frankfurt am Main.
- Wiesendahl, Elmar** (1989): Etablierte Parteien im Abseits? Das Volksparteiensystem der Bundesrepublik vor den Herausforderungen der neuen sozialen Bewegungen. In: Wasmuth, Ulrike C. (Hrsg.): Alternativen zur alten Politik? Neue soziale Bewegungen in der Diskussion. Darmstadt, S. 82–108.
- Wiesendahl, Elmar** (1990): Der Marsch aus den Institutionen. Zur Organisationsschwäche politischer Parteien in den achtziger Jahren. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 21, S. 3–14.
- Wiesendahl, Elmar** (1997): Noch Zukunft für die Mitgliederparteien? Erstarrung und Revitalisierung innerparteilicher Partizipation. In: Klein, Ansgar/Schmalz-Bruns, Rainer (Hrsg.): Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen. Bonn, S. 349–381.
- Wiesendahl, Elmar** (2002): Überhitzung und Abkühlung: Parteien und Gesellschaft im Zeitenwechsel der siebziger und achtziger Jahre. In: Schildt, Axel/Vogel, Barbara (Hrsg.): Auf dem Weg zur Parteiendemokratie. Beiträge zum deutschen Parteiensystem 1848–1989. Hamburg, S. 138–169.
- Wiesendahl, Elmar** (2003): Parteiendemokratie in der Krise, oder: Das Ende der Mitgliederparteien. In: Glaab, Manuela (Hrsg.): Impulse für eine neue Parteiendemokratie. Analysen zu Krise und Reform. München, S. 15–38.
- Wiesendahl, Elmar** (2005): Das Ende der Mitgliederpartei. Die Parteiendemokratie auf dem Prüfstand. In: Dettling, Daniel (Hrsg.): Parteien in der Bürgergesellschaft. Wiesbaden, S. 23–42.
- Wiesendahl, Elmar** (2006a): Mitgliederparteien am Ende? Eine Kritik der Niedergangsdiskussion. Wiesbaden.
- Wiesendahl, Elmar** (2006b): Parteien. Frankfurt am Main.
- Wiesendahl, Elmar** (2006c): Partizipation in Parteien: Ein Auslaufmodell? In: Hoecker, Beate (Hrsg.): Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. Eine studienorientierte Einführung. Opladen, S. 74–99.
- Wiesendahl, Elmar** (2009): Zwischen Wende und Ende – zur Zukunft der Mitgliederparteien. In: Schalt, Fabian et al. (Hrsg.): Neuanfang statt Niedergang. Die Zukunft der Mitgliederparteien. Berlin, S. 233–258.